

STADT.LAND.LINKS

Das Verbandsmagazin der NRW JUSOS



NRWJUSOS

RECHTSRUCK STOPPEN?

MIT LINKS!

**All Eyes on
Asylrechtsverschärfungen / S. 4**

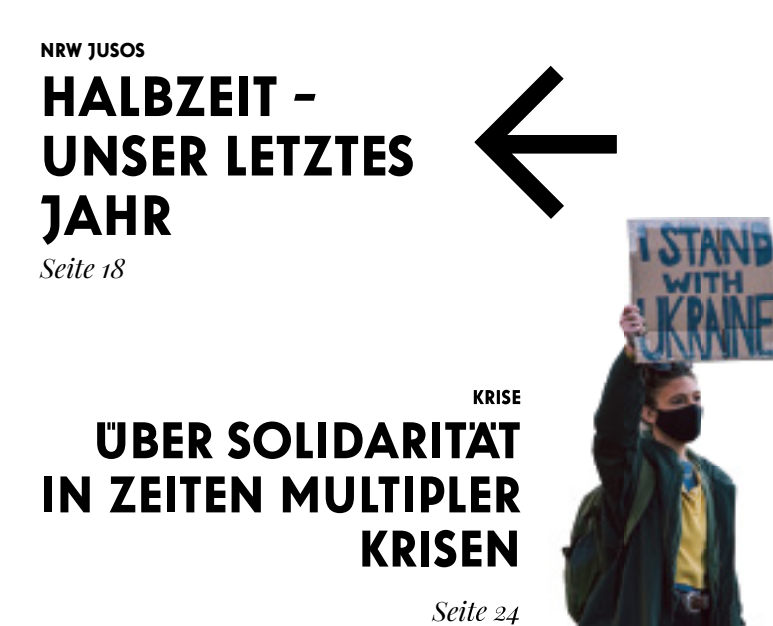
**Über Polizeidebatten und
„Autoritätsdusel“ / S. 6**

**Brandbeschleuniger statt
Brandmauer / S. 8**

**United we stand!
Sozialdemokratisch
dagegenhalten / S. 10**

Nr.
27

August 2023



LIEBE NRW JUSOS,

die aktuelle Ausgabe der Stadt.Land.Links erreicht dich knapp ein Jahr nach unserer letzten Landeskonzferenz, auf der wir nicht nur eine Reihe toller neuer Beschlüsse gefasst, sondern auch einen neuen Landesvorstand gewählt haben.

Seitdem ist viel passiert! Wir haben als Landesverband neue Formate – wie die landesweiten Teams – gegründet, in denen sich schon viele von euch einbringen. Bei unseren Verbandswochenenden und -tagen diskutierten wir über den Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit, die aktuellen mannigfaltigen Krisenerscheinungen, die allzu oft noch Menschen in die Armut treiben, und unsere aktuellen feministischen Analysen. Auch die BiPoC-Vernetzung fand endlich wieder statt, FINTAs empowernten wir bei der Rhetorikschulung. Auf CSDs und Prides im ganzen Land waren Jusos zu entdecken. Am 1. Mai gingen wir gemeinsam auf die Straße – in Solidarität mit dem gewerkschaftlichen Arbeitskampf! Und mit unserem Angebot des LaVo-Themenkatalogs wollen wir es euch in Zukunft noch einfacher machen, bei euch vor Ort Austauschformate mit der Landesebene zu organisieren. Doch damit nicht genug: Diesen Sommer wurde endlich Realität, woran wir so lange Seit an Seit mit der DGB Jugend gekämpft haben: Die Ausbildungsgarantie ist endlich umgesetzt!

Ich finde, wir können mit Recht stolz auf uns sein, beweisen wir doch mit unseren Aktionen und Veranstaltungen immer wieder aufs Neue, dass wir Jusos motiviert für unseren Traum der Gesellschaft der Freien und Gleichen kämpfen. Tag für Tag organisieren wir deshalb Formate auf Landesebene und bringen uns auf Bundesebene ein. In den Unterbezirken und Kreisverbänden seid ihr es, die Teilhabe für Tausende junge Genoss*innen in ganz NRW ermöglichen.

Dass das kein Selbstzweck ist, das wissen wir natürlich, doch gerade in Zeiten erstarkender rechter Kräfte wird es um so deutlicher. Wenn die #NoAfD Menschenhass schürt, dann stellen wir uns dagegen! Wenn die CDU/CSU unter Friedrich Merz systematisch das Paktieren mit

einer faschistisch orientierten Partei probt, dann halten wir die Brandmauer aufrecht. Und wenn das politische Klima mehr und mehr auf rechten Kulturkampf umschlägt, dann sind wir es, die ein jungsozialistisches Gegenangebot schaffen: mit unserer Ansprache der strukturellen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft. Getreu dem Motto „Wir stoppen den Rechtsruck, mit links!“ geben wir nicht auf, sondern definieren unsere Verantwortung als Antifaschist*innen immer wieder neu.

Mich jedenfalls stimmt es immer wieder hoffnungsvoll, wenn ich mit euch gemeinsam Politik machen darf, denn eins ist klar: An uns kommt so schnell niemand vorbei. Erst recht keine Faschos und keine Rechten, die uns die Freiheiten nehmen wollen, für die wir mit unseren Grundüberzeugungen stehen.

Solidarische Grüße
Eure Nina

Nina Gaedike



Sarah (31) & Audrey (27) setzen sich auf Bundes- und Landesebene für eine progressive Asyl- und Migrationspolitik ein und klagen den inhumanen politischen Kurs im Rahmen der GEAS-Reform an.



ALL EYES ON ASYLRECHTS- VERSCHÄRFUNGEN

EURE VERSCHÄRFUNGEN TÖTEN!

Warum wir einen Kurswechsel statt der geplanten „Reform“ des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) brauchen!

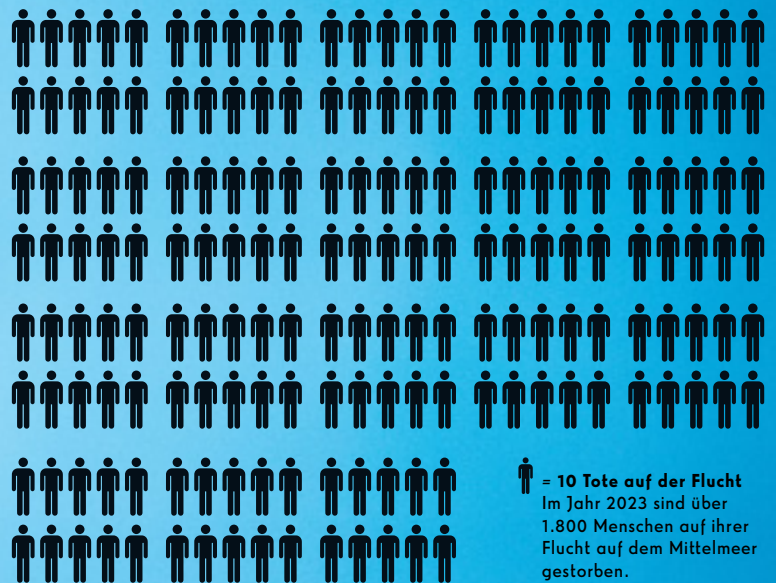
Die vergangenen Wochen und Monate waren davon geprägt, dass sowohl auf europäischer Ebene als auch auf nationaler Ebene über unwürdige Asylrechtsverschärfungen diskutiert wurde. Anhaltspunkt dafür war vor allem die Reformierung des „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ (GEAS), welche deutliche Verschärfungen mit sich bringt und letztendlich in den letzten Wochen finalisiert und beschlossen wurde. Die Verschärfungen bedeuten vor allem auch, dass nun einmal mehr das Recht auf Asyl ausgehöhlt wurde. Die Zustimmung der Bundesregierung zu den Verschärfungen ist ein fatales Zeichen für die Rechte Schutzsuchender und macht deutlich, dass wir uns dem Kampf gegen diesen Rückschritt und gegen die Einschränkung des individuellen Rechts auf Asyl widmen müssen.

DEBATTEN MIT FALSCHEN FAKTEN - DEM POPULISMUS ENTGEGEN

Auffallend war in allen Debatten rund um die geplanten Verschärfungen der populistische Tenor, der in faktenlosen Debatten mündete und sich rechtspopulistischen Narrativen annäherte. Immer wieder wurden die Verschärfungen in Zusammenhang mit steigenden Asylanträgen und der daraus resultierenden Belastung in den Kommunen gesetzt – ein Blick in die Realität und Statistiken reicht, um dieser inzwischen verfestigten Argumentationslinie entgegenzuwirken. Durchaus stiegen die Zahlen Schutzsuchender in den letzten Jahren und Monaten. Der Anstieg verdeutlicht das Leid, das individuelle und strukturelle Fluchtursachen und globale Krisen verursachen. Im Kontext steigender Asylantragszahlen wird vor allem von Rechtskonservativen – wie zuletzt dem CDU-Politiker Thorsten Frei – immer wieder eine Obergrenze gefordert, die vor allem eben auch mit dem Individualrecht auf Asyl kollidiert und demnach ein verfassungsrechtlicher Skandal ist.

Aber nun zurück zu den Fakten, die vor allem im Kontext der zuletzt von der CDU gestellten Forderung einer Obergrenze von 200.000 Anträgen pro Jahr, interessant wirken. Denn auch mit dem jährlichen Anstieg Asylsuchender liegt die Zahl der Asylanträge für das Jahr 2022 mit 193.000 deutlich unter der geforderten Obergrenze (BAMF 2022). Weitergehend muss man sich der Frage stellen, inwieweit Schutzsuchenden bei Antragstellung auch tatsächlich Schutz gewährt wird. Die Antwort ist ernüchternd, denn auch wenn die Anerkennungquote im Vergleich zu den letzten Jahren gestiegen ist, lohnt sich ein dezidiertes Blick auf unterschiedliche Herkunftsländer. Dies lässt sich zum Beispiel im Kontext der stetig wachsenden Gefahr und menschenrechtsverachtenden Lage im Iran und der daraus resultierenden Fluchtbewegung veranschaulichen. So erteilte das BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) Schutzsuchenden aus dem Iran trotz der gefährlichen Lage immer wieder Ablehnungen. Allein im Zeitraum von Januar bis August 2022 wurden 55% der Anträge iranischer Schutzsuchender abgelehnt.

Aber nun zurück zu der Situation in den Kommunen, die durchaus prekär ist, aber nicht durch eine menschenverachtende Reform – wie wir sie in den Reformpunkten des GEAS sehen – gelöst werden kann. Zum einen würden die repressiven Reformpunkte erst nach einigen Jahren „wirken“ und wären somit in diesem Sinne keine Entlastung für Kommunen. Zum anderen ist das Vorziehen dieser Argumentationsweise eine reine Verlagerung realer Probleme, die sich bereits seit Jahren in den Kommunen auffinden lassen. Denn zur Wahrheit ge-



hört eben auch, dass die Kapazitäten- und Ressourcenknappheit im Kontext der Aufnahme von Schutzsuchenden in den Kommunen eben auch einer fehlenden Mitwirkung von Bund und Ländern geschuldet ist. Kommunen benötigen also echte Hilfen statt inhumaner Rechtseinschränkungen, die dem Vorwand der Entlastung dienen sollen.

DAS STERBEN UND LEIDEN VOR DEN GRENZEN NIMMT ZU - EIN KURSWECHSEL IST BITTER NOTIG

Als am 8. September 2020 das Flüchtlingslager Moria brannte, hieß es auch von der deutschen Bundesregierung: keine Lager mehr! Und doch werden sie seitdem weiter gebaut und Tausende Geflüchtete unter menschenunwürdigen Bedingungen dort interniert. Jetzt, drei Jahre später, soll durch die GEAS-Reform das Elend an den EU-Außengrenzen sogar noch verschlimmert werden, indem mehr Menschen an den EU-Außengrenzen für Grenzverfahren in Lagern interniert werden sollen.

Allein dieses Jahr starben über 1.800 Menschen bei ihrer Flucht auf dem Mittelmeer. Allein am 14. Juni ertranken über 600 Menschen. Sowohl die europäische Grenzschutzagentur Frontex als auch die griechische Küstenwache wussten Stunden zuvor von dem zu kentern drohenden Fischkutter, ohne zu helfen. Schlimmer noch: Augenzeugen berichten sogar von Pushbacks der griechischen Küstenwache, wodurch der Kutter zum Kentern gebracht worden sein soll.

Immerhin ist die umstrittene Krisenverordnung innerhalb der EU-Asylrechtsverordnung am 26. Juli vorerst gescheitert. Einige EU-Mitgliedsstaaten, auch die Bundesregierung, wollten die Herabsetzung der Standards für Geflüchtete nicht mittragen. Die Festung Europa kostet tausenden Geflüchteten das Leben. Es braucht ein Ende der rassistischen europäischen Abschottungspolitik. Die finale Zustimmung zum Gesamtpaket der europäischen Asylrechtsreform steht noch aus, aber wie die Reform jetzt geplant ist, darf sie nicht beschlossen werden.

Es darf keine Lager, keine verpflichtende Grenzverfahren und keine Pushbacks an den EU-Außengrenzen geben. Stattdessen brauchen wir legale und sichere Fluchtwege, eine staatliche Seenotrettung und eine solidarische Verteilung von Geflüchteten in den EU-Mitgliedstaaten. Solange das mit den rechten Regierungen in der europäischen Union nicht möglich ist, muss stetig an einer Koalition der Aufnahmewilligen gearbeitet werden. Klar ist: lieber keine Reform statt eine, die massive Menschenrechtsverletzungen durch Gesetze legalisiert.

Menschen, die aufgrund von Verfolgung, Krieg, Hunger, kolonialistischer Ausbeutung oder den Folgen der Klimakrise fliehen, müssen hier sicher ankommen und menschenwürdig untergebracht werden. Für ein solidarisches Europa, für das wir uns nicht länger schämen müssen.



ÜBER POLIZEIDEBATTEN UND „AUTORITÄTSDUSEL“

WARUM VERTRAUEN AUCH
KRITIKFÄHIGKEIT VORAUSSETZT

Nicht nur die Relativitätstheorie und viele kluge Beiträge zur Quantenphysik sind wichtige Werke aus der Feder von Albert Einstein. Auch das oft beschworene Zitat „Autoritätsdusel ist der größte Feind der Wahrheit“ lässt sich heute so noch als Fazit einiger Debatten ziehen. Insbesondere Diskussionen rund um das Thema Polizei sind von einer Autoritätshörigkeit bzw. einem Autoritätsglauben geprägt, die nicht in einen modernen kritikfähigen Staat passen. Schließlich muss dieser Staat sein Gewaltmonopol gegenüber den Bürger*innen stetig rechtfertigen. Es lassen sich viele Kritikpunkte aufzählen, vor denen sich große Teile der Gesellschaft verschließen. Sie halten die Polizei oftmals für unantastbar und jede Kritik für staatsgefährdend. Zeit, ihnen reinen Wein einzuschenken.

SOLIDARITÄT MIT BAHAR ASLAN

Eine Person, die das zuletzt versuchte und dafür abgestraft wurde, ist Bahar Aslan. Die Dozentin an der „Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen“ für das Fach „Interkulturelle Kompetenz“ kritisierte in einem Tweet die Sicherheitsbehörden und machte klar, dass gerade BIPoC mit ständiger Angst gegenüber der Polizei leben müssen. Diese Beschreibung realer Zustände aus Sicht einer von Rassismus Betroffenen stieß keine ehrliche Debatte über Polizeigewalt an. Stattdessen verlor Aslan ihren Lehrauftrag. Man mag darüber streiten, wie gut die Wortwahl des konkreten Tweets gelungen ist. Nichtsdestotrotz ist es höchste Zeit für diese Kritik, die viel zu selten von innen kommt.

Der Umgang mit Aslan im Nachgang des Tweets war perfide und stellte zur Schau, wie das CDU-geführte Innenministerium das strukturelle Rassismus-Problem der Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden unter den Teppich kehrt. Innenminister Herbert Reul ist sich dabei nie zu schade, Rassismus in der Polizei immer wieder zu einem „Einzelproblem“ kleinzureden. Wer das tut, disqualifiziert sich im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Der NRW-Chef der Gewerkschaft der Polizei, Michael Mertens, monierte: wer sich öffentlich so äußere wie Aslan wolle die Gesellschaft spalten. Der Tweet entspreche der „Rassismus-Keule“, die der Polizei so oft entgegenschlage. Legitime Kritik wird also abgetan als gesellschaftliche Spaltung. Wir

stehen dagegen solidarisch mit Menschen wie Bahar Aslan, die den Finger in die Wunde legen und öffentlichkeitswirksam Kritik an den Institutionen formulieren.

CLAUDIA PECHSTEIN: HETZE IN UNIFORM

Apropos öffentlichkeitswirksam: Während Aslan notwendige Staatskritik twitterte, gelangte die Eisschnellläuferin – und vor allem eines: Bundespolizistin – Claudia Pechstein mit ihrer Rede auf dem Parteikonvent der CDU zu zweifelhaftem Ruhm. In welcher Rolle Pechstein ihre dortige Impulsrede hielt, machte sie sprachlich nicht deutlich und ließ sich von einer fehlenden Wertschätzung des Spitzensports über vermeintliche Defizite der Asylpolitik bis hin zur angeblichen Wichtigkeit eines traditionellen Familienbildes aus. Während Pechstein ihre unklare Sprecherinnenrolle nicht näher ausführte, trat sie jedoch in Bundespolizei-Uniform auf und setzte damit ein (sehr ungutes) Zeichen. Das stellt sehr wahrscheinlich einen Verstoß gegen das Beamtenrecht dar, dessen Prüfung zusammen mit Disziplinarmaßnahmen gegen Pechstein dankenswerterweise bereits eingeleitet wurde.

In dieser Uniform leitete die Polizeihauptmeisterin mit „Überhaupt scheint es mir so, dass derzeit viel verschenkt und zu wenig entlohnt wird“ ihre Forderung nach mehr Abschiebungen ein. Ihre Behauptung, das würde für mehr Sicherheit im Alltag sorgen – wobei sie sich um die Sicherheit abgeschobener Menschen nicht schert – setzt Asylbewerber*innen mit einer Gefahr gleich und bedient rassistische Narrative, die vom CDU-Publikum hörbar beklatscht wurden. Viel mehr soll aus der unsäglichen Rede an dieser Stelle nicht wiedergegeben werden. Die beiden hauptsächlichen Probleme im Fall Pechstein sollten damit bereits klar sein. Nr. 1: Eine Person nimmt hier mittels Uniform den Autoritätsanspruch ihres Amtes wahr und gibt in diesem Anschein staatlicher Macht persönliche Meinungen wieder. Problem 2: Eine Bundespolizistin vertritt, dass Asylbewerber*innen eine Gefahr für die Sicherheit aller übrigen Menschen sind. Ein gutes Beispiel dafür, warum die Polizei nicht für alle „Freund und Helfer“ ist.

AUTORITÄTSANSPRUCH GEHT NUR MIT KRITIKFÄHIGKEIT

Aslan, Pechstein, Reul und die GdP geben ein gutes Beispiel für Defizite in der Arbeit von Sicherheits- und Ermittlungsbehörden sowie für eine Polizeidebatte, in der jede Kritik – mit großer gesellschaftlicher Unterstützung – von sich gewiesen wird. Und das obwohl diese Kritik wissenschaftlich bestätigt wird: Der im April veröffentlichte Zwischenbericht zur Studie zu „Motivation, Einstellung und Gewalt im Alltag von Polizeivollzugsbeamten – MEGAVO“ legte die Tendenz von fast 30 Prozent der befragten Polizist*innen dazu offen, Asylsuchende abzuwerten. Knapp zehn Prozent ließen in ihren Antworten Islamfeindlichkeit erkennen. Fast jede*r Fünfte unterstützt chauvinistische Einstellungen oder äußert sich nicht eindeutig ablehnend. Auch Verschwörungstheorien von einer geheimen Organisation, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen habe, traf bei 14 % der Befragten auf Zustimmung. Das Forschungsprojekt „Körperverletzung im Amt durch Polizeibeamt*innen (KviAPol)“ lieferte vor Kurzem umfassende wissenschaftliche Befunde für übermäßige Polizeigewalt und ihre defizitäre Aufarbeitung (Tipp: Die Ergebnisse wurden in einem Buch zusammengetragen, das online kostenlos verfügbar ist). Wissenschaft dient der Wahrheitsfindung und um diese Wahrheiten sollte es uns gehen. Ein hoher Autoritätsanspruch muss mit großer Kritikfähigkeit einhergehen. Diese Kritik an den Institutionen ist nicht staatszersetzend – ganz im Gegenteil: Schon das Grundgesetz bindet die vollziehende Gewalt an die Grundrechte. Das staatliche Gewaltmonopol wird von der Polizei ausgeübt und diesem Vertrauensvorschuss sollte sie gerecht werden. Nicht durch Abweisen von Kritik oder „Autoritätsdusel“, sondern durch kritische Aufarbeitung.



Lisa (27) versteht zwar wenig von Quantenphysik, dafür aber umso mehr vom Polizeirecht. Sicher hätte sich Albert Einstein auch hier mehr Sachlichkeit und kritisches Denken gewünscht.

BRAND- BESCHLEUNIGER STATT BRANDMAUER

WIE DER
RADIKALISIERTE
KONSERVATISMUS
DEN RECHTEN ZUM
ERFOLG VERHILFT



Nina (25) hält nicht viel von Kulturkampf in Zeiten von multiplen Krisen. Statt es den Rechten nachzumachen, müssen demokratische Parteien jetzt konkret das Leben für alle Menschen erträglicher, ja besser machen!

Jetzt ist es schon wieder passiert. Schon wieder so ein „erstes Mal“. Schon wieder verbucht die #NoAfD einen Erfolg bei einer Wahl, schon wieder sind alle schockiert. Der erste AfD-Landrat wurde im thüringischen Sonneberg gewählt. Dieses „erste Mal“ reiht sich ein in eine hässliche Parade der erfolgreichen Wahlen für die Rechtsextremen. Der erste Einzug in ein überregionales Parlament 2014 bei der Europawahl. Im gleichen Jahr der erste Einzug in einen Landtag, in Sachsen. 2017 triumphiert die AfD bei der Bundestagswahl und sitzt fortan zum ersten Mal auf bundespolitischem Parkett.

Das Problem an solchen Premieren: Sie bleiben im Fall der AfD eben keine Einzelheit. Die demokratiefeindliche Partei feiert in diesem Jahr ihr zehnjähriges Bestehen und erfreut sich an blendenden Umfragerwerten zur Europawahl im nächsten Jahr und zu den anstehenden Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Und während Antifaschist*innen wie wir jetzt erst recht aktiv werden müssen, verfolgen Konservative einen radikalen Weg der Anbiederung an rechte und rassistische Narrative.

NICHT NUR BEI DEN EIGENEN LEUTEN: MERZ ENTTÄUSCHT.

Jetzt könnte man natürlich sagen: Was erwarten wir schon von Konservativen wie Friedrich Merz oder Peter Ramsauer, der zuletzt mit rassistischen Vergleichen migrantisierter Menschen mit „Ungeziefer“ Schlagzeilen machte? Die richtige, aber zu kurze Antwort wäre: Nicht viel.

Die lange und notwendige Antwort muss jedoch lauten: Wir erwarten die konsequente Brandmauer gegen rechte Kräfte. Nicht mehr und nicht weniger. Doch was bekommen wir? Ein Schaulaufen radikalisierten Konservativer, die nicht zufällig rechte Narrative bedienen, sondern Schritt für Schritt das Paktieren mit der AfD auf parlamentarischer Ebene vorbereiten. Ein Paktieren, das wir nicht nur auf machttaktische Beweggründe reduzieren sollten, sondern das als das benannt werden muss, was es ist: Der Bruch des demokratischen Konsens und Ausdruck von strukturellem Rassismus, Queerfeindlichkeit, Antisemitismus und Sexismus, der nicht erst jetzt bei einigen Konservativen der CDU/CSU Anklang findet.

OPFERMENTALITÄT UND RECHTER KULTURKAMPF STATT OPPOSITIONSARBEIT

Die „das wird man wohl noch sagen dürfen!“-Attitüde hat Eingang gefunden in den hochgestochenen politischen Sprech des Herrn Merz der eine (kommunale) Zusammenarbeit mit der AfD neuerdings nicht mehr kategorisch ausschließt, sondern offen nach rechts blinkt. Dazu passt dann auch ins Bild, dass sich die CDU/CSU und Friedrich Merz nun im Kampf gegen „die Eliten“ und „den Mainstream“ wännen und keine Gelegenheit auslassen, rechte Kulturkämpfe erster Güte zu befeuern. Da ist keine Diskussion um Gendersprache zu abwegig, keine Positionierung gegen die Grünen als „Hauptgegner“ zu billig. Fun Fact: fast die Hälfte der Menschen in Deutschland wird aktuell schwarz-grün regiert. Das Kanzler*innenamt war von 2005-2021 in konservativer Hand.

Hinzu kommt, dass die Konservativen binnen Sekunden jedes politische Thema oder jeden Vorstoß als „Angriff“, entweder auf die eigenen Lebensweise oder „unsere Kultur“, umdeuten. Gleiche Rechte für trans Personen? Ein Angriff auf die Familie! Tempolimit oder ein Auslaufen des Verbrenners? Ein Angriff auf die heimische Autoindustrie, wenn nicht gar auf die Freiheit – Grüße gehen raus an Christian Lind-

ner. Sogar das Thema „Wärmepumpen“, an sich so emotional wie die notwendige aber eher sachliche Frage nach Bordsteinabsenkungen, wird zum Kulturkampf umgemünzt.

Statt Konzepte zu den dringenden Krisen unserer Zeit – Inflation, steigende Armut, Pandemien, Klimakrise, die Liste ist lang und wird nur noch länger – zu erarbeiten, beschäftigen sich Merz und seine Horde Machomänner und Alphatierchen mit Law und Order-Fantasien wie Sofortgerichten für Freibäder, unabhängig davon, wie unsinnig ein solcher Vorschlag z.B. vom Deutschen Richterbund eingeschätzt wird. Eine solche Verve im Einsatz für Frauen bei Merz würde man sich wünschen, wenn es zum Beispiel um eine Ausfinanzierung von Frauenhäusern oder aber, wohlgemerkt 1997, um die Frage nach der Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe geht.

Weiterhin erschreckt, wie schnell „anständig-konservative“ Werte und Verhaltensweisen unter Merz abgelegt werden. Dass eine wirre parteipolitische Rede in Polizeiform bei einem Parteikonvent von Merz als brillant betitelt statt als grober Fehltritt identifiziert wurde, irritierte auch innerhalb der eigenen Reihen. Wichtiger als ein nerviges Neutralitätsgebot war nämlich, dass Pechstein genau den populistischen Rundumschlag (Z-Wort, mehr Abschieben, Gendern etc.) lieferte, den Merz wohl als inhaltlichen Orientierungspunkt für seine Partei sieht. Es wirkt so, als würde die Merz-CDU sich die Themen nach dem Gesichtspunkt aussuchen, wie man am ehesten der AfD und ihren Wähler*innen nach dem Mund reden kann. Eine bedenkliche Hyperfixierung.

DIE DEBATTENARMUT IN DER CDU RÄCHT SICH.

Darin zeigt sich nicht zuletzt die ideologische Leere der Konservativen, offenbaren sie doch mit solchen Äußerungen und Strategien, dass sich ihr politisches Angebot in letzter Zeit fast ausnahmslos auf „Wut“ beschränkt. Gleichzeitig schreibt Merz aber (auf Twitter, nun X?) auch Sätze wie diesen hier: „Mit der #AfD können die Bürgerinnen und Bürger heftige Denkmäler verpassen.“ Überraschung: die von der CDU aufgepeitschten Bürger*innen füllen ihre Denkmäler beim AfD-blauen Wahlkampfstand, nicht bei der Union aus.

Aber Schluss mit lustig, dieses Kalkül muss uns in höchste Alarmbereitschaft versetzen. Denn Merz und Konsorten hüllen sich in den Deckmantel des „braven christlichen Konservatismus“ und verschleiern dabei ihre eigentliche Absicht: Die kontinuierliche Annäherung eines radikalisierten Konservatismus an die Neue Rechte. Das passiert nicht eben mal so, sondern planmäßig und über einen langen Zeitraum. Aber eben weil ein demokratischer Konservatismus auch zum legitimen Meinungsspektrum einer liberalen Demokratie gehört, manche sagen sogar notwendigerweise, ist dieser Kurs so gefährlich. Von einem solchen demokratischen Konservatismus wendet sich die aktuelle CDU/CSU durch ihren Parteivorsitzenden Merz aber Schritt für Schritt ab. Und das bringt unsere Demokratie, unsere freiheitliche Grundlage unserer Gesellschaft ins Wanken. Deshalb ist es nun mehr denn je an der Zeit für uns Antifaschist*innen, Flagge zu zeigen. Und es ist mehr denn je an der Zeit, dass sich alle CDU/CSU-Mitglieder und Wähler*innen, die sich als anständige Demokrat*innen verstehen, hinschauen, einschreiten und diesem unwürdigen Treiben an der Spitze der Union Einhalt gebieten. Denn eines sollte klar sein: Mit Rechten paktiert und liebäugelt man nicht und man kopiert nicht ihre Themen und Talking Points. Man isoliert sie, macht soziale Politik für die Menschen und lässt sich nicht auf ihren Kulturkampf ein.

Frederick Cordes war Vorsitzender der NRW Jusos und will nun als Generalsekretär für frischen Wind in der Sozialdemokratie sorgen. In seinem Gastbeitrag erklärt Freddy, was die SPD aus seiner Sicht einem Rechtsruck entgegenhalten muss.

UNITED

Wenn wir über den Rechtsruck sprechen, haben wir den ersten Fehler eigentlich schon gemacht. Denn das, worüber wir zurzeit wieder viel diskutieren, ist kein plötzlicher Ruck, sondern eine kontinuierliche Entwicklung, die in fast allen liberalen Demokratien weltweit zu beobachten ist. Und trotzdem sollten wir uns nicht entmutigen lassen, denn unaufhaltsam ist es nicht. Man kann etwas dagegen tun! Um zu verstehen, was, lohnt sich ein Blick auf die Gründe für diese Entwicklung.

„IT'S THE ECONOMY, STUPID“...

Auf die Frage, warum Menschen rechtsradikale Parteien unterstützen, gibt es nicht **die eine** Antwort. Tatsächlich haben wir es mit einer Mischung aus ökonomischen und kulturellen Gründen zu tun. Ökonomisch bildet die ungleiche Einkommens- und vor allem die noch viel ungleichere Vermögensverteilung den Nährboden, auf dem Rechte ihre Saat säen. Während die reichsten 10 Prozent der Menschen in Deutschland zwei Drittel des gesamten Vermögens besitzen, verfügen 50 Prozent der Menschen in Deutschland über

nahezu kein nennenswertes Vermögen. Das Einkommen dieser Menschen geht vollständig für den alltäglich notwendigen Konsum drauf. Und selbst bei denjenigen, die sich selbst eher als Mittelschicht verstehen und nicht von Armut betroffen sind, ist in den letzten Jahren die Angst vor sozialem Abstieg und Statusverlust größer geworden. Wo früher ein kleiner, aber sicherer Wohlstand möglich war, ist das Leben zu einem Abstrampeln unter großem Stress geworden. Begleitet von dem Gefühl, dass trotz aller Anstrengungen vieles nicht mehr in der eigenen Hand liegt.

Hinzu kommt, dass das Vertrauen in den Staat gesunken ist und bei vielen der Eindruck vorherrscht, dass grundlegende Dinge nicht mehr funktionieren. Die seit Jahren fehlenden Investitionen in die Daseinsvorsorge und die infolge der Finanzkrise zum Fetisch gewordene Schwarze Null rächen sich bitter. Sie verstärken den Eindruck, dass das Morgen schlechter wird als das Heute.

ZUKUNFT GIBT ES EBEN NICHT FÜR LAU.

Versteht mich nicht falsch: Niemand wählt die AfD, weil mal eine Bahn ausfällt. Aber der Populismus ist auf die Unzufriedenheit und auf die Zukunftsängste der Menschen angewiesen, auf die er aufbauen und die er instrumentalisieren kann. Wie tut er das?

„IT'S THE IDENTITY, STUPID.“ DAS POPULISTISCHE PLAYBOOK

Rechter Populismus hat ideologisch kein Interesse an einer sozialen Auseinandersetzung, die die Verteilungsfrage stellt zwischen denen, die wenig haben und denen, die viel haben. Ökonomische Verhältnisse werden verschleiert oder eben umgelenkt. Rechter Populismus stellt die soziale Frage so nicht als eine von oben und unten, sondern als eine von innen und außen. Das ist das einende Element aller rechtspopulistischen Bewegungen. Sie schüren den Hass auf diejenigen, die als fremd definiert und als Bedrohung geframt werden. Das ist sein Identitäts-

angebot. Es lautet: „Du bist gut so, wie Du bist. Du musst Dich nicht ändern. Aber alle da draußen wollen Dir ans Leder. Dein Lebensstil steht auf dem Spiel und wir sind deine Verteidiger.“ Statt Klassenkampf wird der Kulturkampf geschürt und jede Sachfrage zur existenziellen Auseinandersetzung über die eigene Art zu leben stilisiert, für die Rechte dann die entsprechende Entlastung bieten können. Und in einer Welt, die sich ohnehin in einem überfordernden Dauerkrisenmodus zu befinden scheint, ist das eine attraktive Botschaft, auch wenn sie kein einziges Problem wirklich löst.

Und eine so inklusive Botschaft, wie sie zunächst klingen mag, ist dieses Identitätsangebot natürlich auch nicht. Es gilt – und das auch nur scheinbar – für eine ethnisch

BRÜCKEN SCHLAGEN

Bevor ich zu den Lösungsansätzen komme, denen wir uns aus der Perspektive einer linken Volkspartei verschreiben sollten, muss leider festgehalten werden, dass auf die Konservativen im Kampf gegen Rechts kein Verlass ist. Das hat leider nicht nur die Geschichte gezeigt, sondern zuletzt auch wieder die Aussagen von Friedrich Merz. Eine Brandmauer, die da nicht steht, wo jeden Tag die Demokratie verteidigt wird und wo sie für die Bürger*innen am meisten spürbar ist – nämlich in den Kommunen – die steht auch nirgendwo anders. Das konservative Zauberland ist abgebrannt.

Aus sozialdemokratischer Perspektive kommt es darauf an, uns an das zu erinnern, was uns immer stark gemacht hat. Die Sozial-

Dabei ist es genau diese Naturalisierung von Ungleichheit, die die Voraussetzung dafür ist, dass rechte Populist*innen den Verteilungskampf zwischen innen und außen schüren können. Wir müssen die Verteilungsfrage stattdessen wieder als eine zwischen oben und unten stellen.

Und dabei müssen wir etwas tun, was unglaublich anstrengend ist und zugleich die Demokratie zur besten aller Staatsformen macht: Wir müssen im Konflikt der unterschiedlichen Interessen einerseits darauf achten, dass es gerecht zugeht und andererseits darauf, dass wir den Laden zusammenhalten. Wo Spaltung das Geschäft der Rechten ist, muss es uns gelingen, Brücken zu schlagen zwischen denen, die im Alten Hut in Oberhausen ihr Pilsken trinken und denen,

WE STAND!

definierte „Ingroup“ und richtet sich hass-erfüllt und aggressiv gegen alle, die nicht dazugehören. Deshalb handelt es sich dabei nicht um eine beliebige Position im demokratischen Spektrum, sondern sie richtet sich gegen dieses demokratische Spektrum selbst. Hinter ihrer vermeintlich identitätsstiftenden Botschaft steckt in Wahrheit ein Angriff auf das gute Leben und auf die demokratische Gesellschaft, die danach strebt, in ihr ohne Angst verschieden sein zu können. Wie sollen wir diesem Angriff begegnen?

demokratie war immer dann stark, wenn sie beides geschafft hat – einerseits Visionen für ein besseres Morgen zu entwerfen und diese andererseits in konkrete Politiken zu übersetzen, die das Leben der Menschen jeden Tag verbessern. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der alle das Leben führen können, was sie führen möchten – und nicht nur eine ethnisch definierte „Ingroup“. Und wir wissen, dass wir dafür etwas an den ökonomischen Verhältnissen verändern müssen. Normalerweise muss jede Gesellschaft ihre Ungleichheiten rechtfertigen. Stattdessen hat man mittlerweile den Eindruck, dass man sich rechtfertigen muss, wenn man die gesellschaftlichen Ungleichheiten infragestellt.

die in Essen-Rüttenscheid ihren Hafer-Cappuccino genießen. Dabei geht es nicht darum, gesellschaftliche Konflikte zu leugnen oder zu verschleiern. Im Gegenteil: Wenn wir linke Volkspartei sein wollen, dann müssen wir diese nicht nur stellvertretend für, sondern mit den Menschen gemeinsam führen und zu echten Kompromissen kommen. Und um einen österreichischen Sozialdemokraten zu zitieren, muss dabei klar sein, dass wir keine Bittsteller*innen sind, wenn wir für ein gerechteres Gemeinwohl kämpfen. Wirkliche Lösungen für die Probleme der Menschen sind absolutes Gift für Rechtspopulist*innen, die auf den dauerhaften Konflikt, auf das Ausspielen von Gruppen angewiesen sind.

FAZIT

Damit uns das gelingt, sollten wir wieder mehr Kraft darauf verwenden, dass unsere Politik im Geldbeutel und im Alltag der Menschen spürbar wird und weniger darauf, ihnen zu sagen, wie sie leben sollen. Kulturkampf – egal, von welcher Seite – führt in die Irre und treibt die gesellschaftliche Spaltung voran. Mit Respekt für ganz unterschiedliche Lebensentwürfe, mit einer klaren Vision für ein besseres Morgen und mit konkreter Politik im Heute entziehen wir den Feind*innen der Demokratie ihre Geschäftsgrundlage.



Freddy (37) trinkt zwar lieber Pilsken als Hafer-Cappuccino, will als Generalsekretär aber nicht nur diese beiden Welten wieder zusammenbringen und für die Sozialdemokratie gewinnen.

BILANZ: SCHWARZ-GRÜN MUSS MAN SICH LEISTEN KÖNNEN.

VOR ALLEM GEHT ES UM DIE MENSCHEN.

Als die Sozialdemokratie im Mai 2022 ihr historisch schlechtestes Ergebnis bei einer Landtagswahl in NRW einholte, galt unsere Wut und Trauer als Jungsozialist*innen in erster Linie den Folgen des Wahlergebnisses. Es wurde recht schnell klar, dass dieses Ergebnis zu einer schwarz-grünen Koalition führen würde und damit der Wille nach Veränderung für viele Menschen im Lande im Keim erstickt wurde. Zur Wahrheit in der Demokratie gehört jedoch auch die Anerkennung dessen dazu, dass sich nicht wenige Menschen im Lande dieses Ergebnis gewünscht und dementsprechend gewählt haben.

Eine mögliche Analyse des Wahlergebnisses war dabei, dass sich Menschen in Zeiten multipler Krisen nach der vermeintlichen Stabilität gesehnt haben könnten, die ein amtierender Ministerpräsident zum Ausdruck gebracht haben mag. Doch nach mehr als einem Jahr schwarz-grüner Landesregierung wird deutlich, dass dieser Schein trügen kann und unsere Aufgabe als Oppositionsjugend darin besteht, die vorhandenen Missstände im Land deutlich aufzuzeigen und die Verantwortung der Landesregierung klar zu benennen.

SEHENDEN AUGES IN DEN TEUERUNGS-WINTER

Bereits nach hundert Tagen war der Unmut der Bevölkerung in NRW deutlich. Mehr als die Hälfte der Menschen gaben in Umfragen an, unzufrieden mit der Landesregierung sein. Während sich immer deutlicher abzeichnete, dass es für viele Menschen eine immense finanzielle Belastung darstellen werde, über den Winter zu kommen, zögerte die Landesregierung und der Anschein machte sich breit, dass die Landesregierung nicht existent sein könnte. Denn statt sich den Herausforderungen im Land zu stellen,

war lediglich zu vernehmen, wie sich die Regierung vor der Verantwortung wegduckte, um mit dem Finger Richtung Berlin zu zeigen. Während die Lebensunterhaltskosten in Form von Miete, Energie, Lebensmittel und Co. immer weiter stiegen, wirkte Schwarz-Grün so unvorbereitet wie Armin Laschet, als er vor der Bundestagswahl nach drei Kernthemen für Deutschland gefragt wurde.

NRW VORNE DABEI - BEI DER VERARMUNG

Schon kurze Zeit später erschien der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, der deutlich machte, dass in kaum einem Bundesland die Armut so stark angewachsen ist, wie in NRW. Dabei ist hervorzuheben, dass neben der aktuellen, auch die vorangegangene Landesregierung in der Verantwortung für diese drastische Entwicklung stehen muss. Rund 18,7% der Menschen in ganz NRW leben in Armut, wobei das Ruhrgebiet mit 21,1% besonders stark betroffen ist. Der größte Anstieg ist dabei insbesondere bei Alleinerziehenden, Menschen mit Migrationsgeschichte, Kindern und Jugendlichen zu beobachten. Effektive Mittel, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, lassen im Grunde bis heute auf sich warten. Nachdem im Dezember 2022 die Landesregierung einen Armutskongress einberufen hatte, machte sie große Versprechungen, wie auch bereits zuvor im Koalitionsvertrag. „Aktionsplan gegen Armut“ soll die Initiative der Landesregierung heißen, jedoch ist es letztlich nicht verwunderlich, dass dabei kaum konkrete Maßnahmen benannt sind. Zurecht fühlen sich bis heute viele Bürger*innen in NRW im Stich gelassen.

~~ZUKUNFTSVERTRAG~~ FÜR NORDRHEIN- WESTFALEN

Koalitionsvereinbarung
von CDU und GRÜNEN

2022-2027

CDU NRW



Nachdem versäumt worden ist, für das Jahr 2022 Maßnahmen zu entwickeln, plante die Landesregierung auf Druck der Opposition einen Topf von 270 Millionen Euro ein, der der Aufrechterhaltung von Institutionen und Vereinen dienen soll, die sich bereits mit den Folgen der Armut beschäftigen. Da diese Maßnahme lediglich dazu dienen kann, die Folgen von Armut nach Möglichkeit abzufedern, bleibt natürlich die Frage offen: „Warum muss es überhaupt soweit kommen?“ Statt den Bedingungen, die zu Armut führen, auf den Grund zu gehen, wirken die Maßnahmen eher wie ein Tropfen auf den heißen Stein.

ARMUT ABSCHAFFEN STATT ZEMENTIEREN!

Als Jungsozialist*innen stellen wir den klaren Anspruch, dass die Probleme im Land bei ihren Wurzeln gepackt werden müssen, denn in unserer Vorstellung einer gerechten Zukunft, sollte ein Verein wie die Tafel gar nicht erst gebraucht werden. Denn Armut kann nicht dadurch gelöst werden, dass die Folgen der vorherrschenden Zustände vermeintlich abgefedert werden. Es fängt da an, wo kapitalistische Marktinteressen über die Grundrechte und -bedürfnisse der Menschen gestellt werden. Wer aus der Landespolitik heraus effektiv gegen Armut ankämpfen will, muss dem rasanten Anstieg der Mietpreise entgegenwirken und staatlichen sozialen Wohnungsbau ermöglichen. Der muss die (Alt-)Schulden der Kommunen

in den Blick nehmen und sie abbauen, damit dort, wo Menschen leben, auch aktive und zielgerichtete Maßnahmen möglich sind, um gegen Armutsverhältnisse anzugehen. Wer Armut bekämpfen will, muss ein funktionierendes und gerechtes Bildungssystem ermöglichen und eine klare Vision davon aufzeigen, wie Bildung und Ausbildung im 21. Jahrhundert aussehen kann.

Und nicht zuletzt versuchen wir als Verband die Probleme in ihren Intersektionen zu betrachten, um ein ganzheitliches Bild zu erlangen. Dazu gehört eben auch, dass zur effektiven Bekämpfung von Armut auch konkrete Maßnahmen für prekäre Gruppen, die unter eingeführt werden. Dass insbesondere marginalisierte Gruppen unter Armut leiden, sollte die Landesregierung wachrütteln und Prozesse der Antidiskriminierung und der Integration deutlich beschleunigen.



Als Teil des Landesvorstandes der NRW Jusos und als Kommunalpolitiker betrachtet **Alicem (25)** die Entwicklungen in NRW kritisch. Auch wenn die Hoffnung bestand, dass sich mit dem Einfluss der Grünen einige Dinge verbessern ließen, lassen auch sie das Land enttäuscht zurück. Dieser Text prangert die Politik der aktuellen Landesregierung an, in der Erwartung auf eine gerechtere Zukunft. Auch, wenn diese nicht mit der aktuellen Landesregierung zu erreichen scheint.

EINE SOZIALDEMOKRATISCHE BILDUNGSOFFENSIVE – JETZT!

UNSER ANTRAG ZUM LANDESPARTEITAG 2023

Bildung ist nach wie vor eines der Themen, das die Menschen in Nordrhein-Westfalen am meisten bewegt. Die Sorge um den Kitaplatz, ein veraltetes Schulsystem voller Leistungsdruck statt individueller Förderung, schlechte Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft, ausbleibende Weiterbildungsperspektiven und vieles mehr beschäftigt alle Generationen. In einer Zeit voller Krisen und dem Erstarken von Demokratiefeind*innen braucht es eine Bildungsoffensive, die die Menschen dazu befähigt, diese Herausforderungen zu überstehen und zu bekämpfen. Bildung ist eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft.

Mit unserem Antrag an den Landesparteitag der NRWSPD haben wir die Beschlüsse der NRW Jusos der letzten Jahre zusammengefasst und legen der Partei damit unser Konzept für beste Bildung vor. Wir möchten den Leitsatz „Kein Kind zurücklassen“ mit konkreten Maßnahmen umsetzen und weiterdenken. Bildung hört nicht am Schultor auf. Dafür brauchen wir eine Bildungsoffensive, die es ernst meint und vor systematischen Veränderungen nicht zurückschreckt. Als Sozialdemokratie dürfen wir das Bildungssystem nicht als unabänderlich hinnehmen, sondern müssen für eine Bildung kämpfen, die soziale Unterschiede nicht befeuert, sondern ausgleicht. In diesem Beitrag bekommst du einen Überblick über die wesentlichen Forderungen unseres Antrags.



KITAS, IN DENEN KEIN KIND ZURÜCKGELASSEN WIRD:

- Massive Investitionen in unsere Kitas, einschließlich Sanierung der Gebäude und Ausbau der Betreuungsplätze
- Gebührenfreiheit von der Kita bis zum Bildungsabschluss
- Beste Bildung erfordert bestes Personal: bedarfsgerechte Betreuung durch mehr Erzieher*innen und multiprofessionelle Teams
- Vergütete Ausbildung und verbesserte Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten in der frühkindlichen Bildung
- Rechtlich verbindliche Umsetzung von Selbst- und Mitbestimmungselementen in Kitas und im gesamten NRW



SCHULEN, IN DENEN JEDES KIND AUF DIE HERAUSFORDERUNGEN VON MORGEN VORBEREITET WIRD:

- Eine inklusive Schule für alle, die individuelle Förderung gewährleistet
- Multiprofessionelle Teams und umfassende Aus- und Fortbildungsstandards
- Schule ohne Noten, dafür aber mit Beteiligung von Schüler*innen an Leistungsbewertungsprozessen
- Überarbeitung der Lerninhalte und Lernmethoden durch eine Kommission aus Bildungsexpert*innen
- Stärkung der Schüler*innenvertretungen und Schüler*innenparlamente
- Ein starker Ganzttag, der über die reine Wissensvermittlung hinausgeht
- Schulscharfer Sozialindex zur gerechteren Behandlung von sog. „Brennpunktschulen“
- Massive Investitionen in die Schulinfrastruktur, digitale Klassenzimmer und barrierefreie Gebäude
- Zur-Schule-Gehen ohne Kosten für Familien: Mobilität, Mittagessen und Lehrmittel müssen im Rahmen der Daseinsvorsorge kostenlos zur Verfügung gestellt werden.



ZUKUNFTSFESTE BERUFSAUSBILDUNG:

- Eine echte umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie und überbetriebliche Ausbildungsstätten
- Ausbau von Berufsorientierungsangeboten und Ausfinanzierung der Berufsschulen
- Umsetzung der Übernahmegarantie für Auszubildende
- Existenzsichernde Mindestausbildungsvergütung und familienfreundlichere Arbeitszeitmodelle
- Anpassung des Arbeits- und Sozialrechts an den digitalen Wandel
- Förderung von Betriebsratsgründungen und Ausweitung der Mitbestimmung
- Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Fördermitteln an Unternehmen mit Tariftreue und Mitbestimmung
- Es muss ein Recht auf Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen geben. Zudem müssen die öffentlichen Hochschulen in NRW systematisch für beruflich Qualifizierte geöffnet und die berufsbegleitenden Weiterbildungsangebote, sowie Fern-, Teilzeit- und Abendstudiengänge, durch die NRW-Hochschulen ausgeweitet werden.

EIN SELBSTBESTIMMTES UND BEZAHLBARES STUDIUM:

- Reformierung der Hochschulfinanzierung durch eine umfassende Grundfinanzierung des Landes
- Abschaffung von Anwesenheitspflichten und Demokratisierung der Hochschulen
- Förderung von Frauen in der Wissenschaft und Schaffung diskriminierungsfreier Hochschulstrukturen
- Gute Arbeit an den Hochschulen durch eine Bundesratsinitiative zur Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes
- Eine Bundesratsinitiative für ein elternunabhängiges BAföG sowie eine Rückkehr zum Vollzuschuss
- Ausfinanzierung der Studierendenwerke u.a. für bezahlbaren Wohnraum



AUSSERSCHULISCHE BILDUNG, DIE LEBENSLANGES LERNEN ERMÖGLICHT:

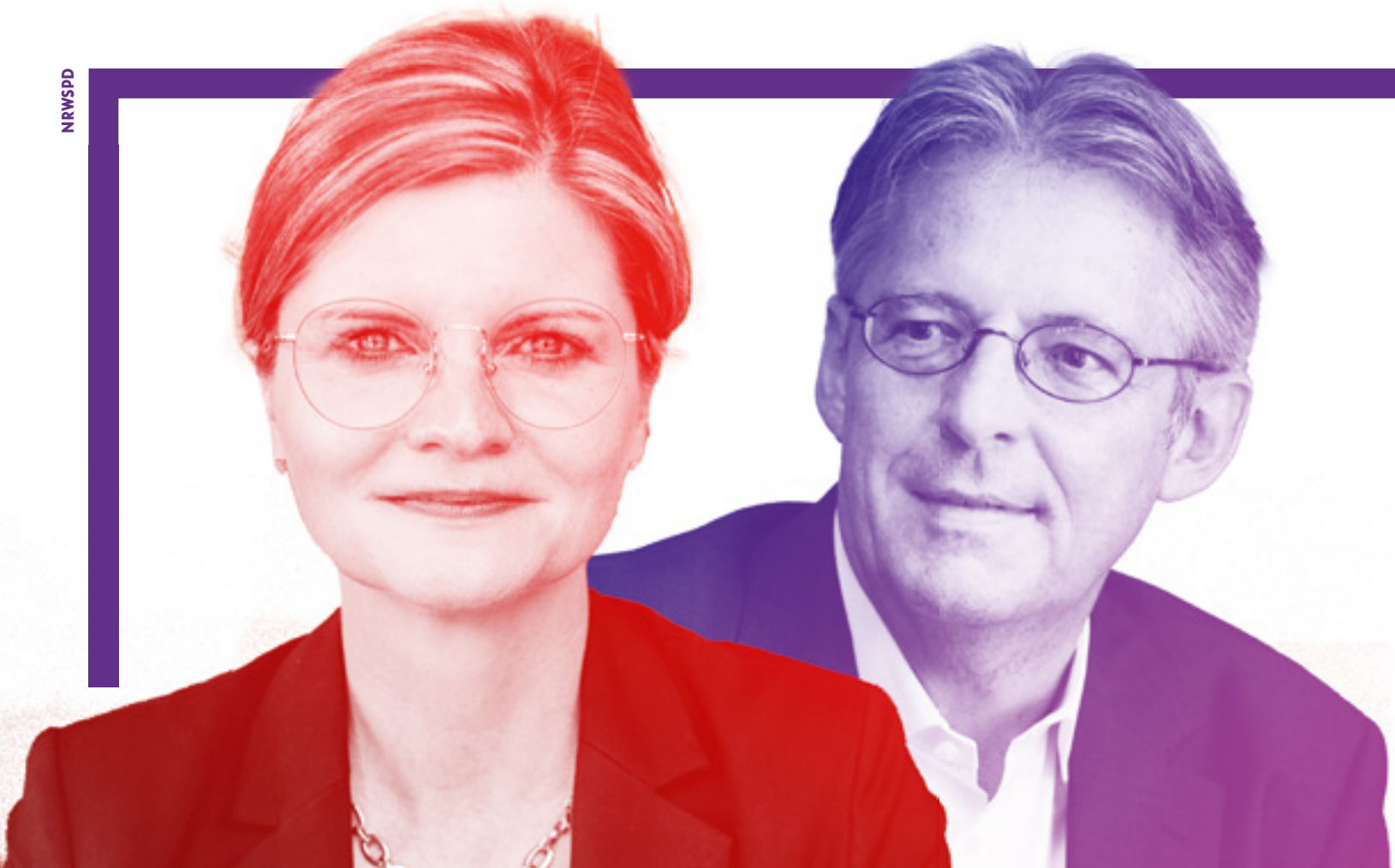
- Stärkung gewerkschaftlicher Bildungsangebote und flexiblere Teilnahmemöglichkeiten
- Reformierung von Bildungsangeboten im Strafvollzug
- Stärkung der Volkshochschulen

HIER FINDET IHR UNSEREN KOMPLETTEN ANTRAG:

Mit diesen Maßnahmen wollen wir in eine sozialdemokratische Bildungsoffensive starten. Die konkrete Ausgestaltung wird in unserem Antrag noch weitergehend ausgeführt. Dieser Antrag beruht auf unserer Arbeit der letzten Jahre, insbesondere den beiden Bildungsgipfeln und der Sommerschule, bei denen viele von euch dabei waren und ihre Ideen und Expertise eingebracht haben.

Wir zeigen mit diesem Antrag auf, wie wichtig es ist, dass sich die SPD in NRW endlich wieder mit den großen Fragen widmet – weil die Menschen in unserem Land sich eben genau diese großen Fragen stellen. Mit unserem Antrag liefern wir unsere Antworten, die auf unserer jahrelangen Arbeit im Bildungsbereich und den vielfältigen Perspektiven von Expert*innen fußen.





AUFBRUCH MIT DOPPELSPITZE?

SARAH PHILIPP UND ACHIM POST IM INTERVIEW

In der Opposition seit 2017, im vergangenen Jahr das schlechteste Landtagswahlergebnis in der Geschichte der NRWSPD. Die SPD in NRW befindet sich im Jahr 2023 in einer schwierigen Lage.

Sarah Philipp und Achim Post nehmen sich der Herausforderung an und kandidieren beim Landesparteitag der NRWSPD im August dieses Jahres im Team für eine Doppelspitze. Unsere Vorsitzende Nina im Gespräch mit Sarah und Achim:

ACHIM, DU BIST 1976 MIT 17 JAHREN IN DIE SPD EINGETRETEN; SARAH, BEI DIR WAR DAS IM JAHR 1998 MIT 15. WAS HABT IHR AUS Eurer JUSO-ZEIT MITGENOMMEN?

Sarah: Den ganzen Tag über Inhalte streiten, hart in der Sache und kontrovers, und abends dann bei einem Getränk zusammensitzen und eine gute Zeit haben. So muss es laufen in der Partei – und das habe ich aus meiner Juso-Zeit mitgenommen.

Achim: Engagement für Gerechtigkeit. Kampf gegen Rechts. Leidenschaft für eine starke SPD.

ZURÜCK IN DIE GEGENWART. DREI WORTE – WORAN DENKT IHR BEI SCHWARZ-GRÜN?

Sarah: Eine Koalition der enttäuschten Hoffnungen. Wenn es nur drei Worte sein dürfen: Bildungskatastrophe, Wohnungsnot und ein „Insta-Präsident“.

Achim: Ambitionslos und ziellos

WIE SIEHT DAZU DER SOZIALDEMOKRATISCHE GEGENENTWURF AUS? WER BAUT 2024 (EUROPAWAHL), 2025 (BUNDESTAGS- UND KOMMUNALWAHL), 2027 (LANDTAGSWAHL) DARAUF, VON UNS VERTRETEN ZU WERDEN?

Sarah: Wir als SPD stehen an der Seite der Menschen, die uns brauchen, damit ihr Alltag funktioniert. Diese Menschen, die ihren Lebensunterhalt mit ihrer eigenen Hände Arbeit bestreiten, die keine immensen Vermögen oder Erbschaften haben oder nicht ihr Geld für sich arbeiten lassen können, machen sich Sorgen um ihre Mieten, über steigende Preise im Supermarkt oder die Bildungschancen ihrer Kinder und Enkel.

Für diese Menschen müssen wir für mehr bezahlbare Wohnungen, für genug Lehrerinnen und Lehrern an allen Schulen, für Bildungschancen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und für gute Löhne sorgen. Schwarz-Grün muss man sich leisten können – das können in NRW viele Leute nicht.

WAS IST UNSERE STRATEGIE FÜR DIE MILLIONEN VON NICHTWÄHLER*INNEN IN NRW?

Achim: Drei Punkte sind besonders wichtig: Erstens unsere Haltung. Wir müssen ausstrahlen, dass wir uns für die Menschen in NRW, für ihre Zukunft ins Zeug legen wollen. Dass wir für sie kämpfen wollen – mit Zuversicht und Zusammenhalt in den Kommunen, im Land, im Bund und in Europa. Zweitens brauchen wir einen genauen Blick dafür, was die Menschen in NRW umtreibt, was sie besorgt, was sie sich erhoffen. Es war immer eine Stärke der NRWSPD, dass wir nicht Politik von oben herab gemacht haben. Gute Politik muss mit beiden Beinen auf dem Boden stehen. Dann können wir auch Wählerinnen und Wähler zurückgewinnen. Und drittens ein klarer inhaltlicher Kurs, der wirtschaftliche

Stärke mit sozialer Gerechtigkeit verbindet. Das alles zu schaffen, ist kein Spaziergang. Aber lasst es uns gemeinsam anpacken!

MEHR ALS 5 MILLIONEN MENSCHEN IN NRW HABEN EINE MIGRATIONS-GESCHICHTE, DAS SIND MEHR ALS 30% DER NORDRHEIN-WESTFAL*INNEN. BEI SCHÜLER*INNEN SIND DAS ÜBER 40%. WIE SCHAFFEN WIR ES, DASS SICH DAS AUCH GLEICHERMASSEN IN DER NRWSPD NIEDERSCHLÄGT?

Sarah: Nicht nur bei uns in der Partei, sondern auch in anderen Bereichen der Gesellschaft spiegelt sich die Vielfalt unseres Landes leider noch nicht wider. Von anderen lernen, um besser zu werden, kann ein Ansatz sein. Die Gewerkschaften sind da in einigen Bereichen sehr gut unterwegs: Es gibt Gewerkschaften, wo der Anteil der Menschen mit Migrationsgeschichte in der Mitgliedschaft dem Anteil in der Bevölkerung entspricht. Viele von ihnen sind auch Funktionäre oder Betriebsräte.

Dazu gehört auch: Da hin, wo wir junge Menschen treffen und mit ihnen ins Gespräch kommen. Wir müssen ansprechbar sein und klare Inhalte für eine Zukunftsperspektive im Angebot haben. Dann können wir viele junge Menschen in NRW für die Sozialdemokratie gewinnen.

DIE SPD MACHT ES UNS JUSOS MANCHMAL NICHT EINFACH, JUNGE MENSCHEN FÜR DIE SOZIALDEMOKRATIE ZU BEGEISTERN. WIR LAUFEN SCHON LANGE DURCHS LAND UND SAGEN „ZUKUNFT GIBT ES NICHT FÜR LAU!“ – RÄUMT DIE NRWSPD MIT EUCH DIE SCHULDENBREMSE AB UND INVESTIERT ORDENTLICH?

Achim: Die Politik der schwarzen Null war ein folgenschwerer Fehler. In diesen Jahren haben wir viele Investitionen nicht so angepackt, wie das notwendig gewesen wäre – bei der Digitalisierung, der öffentlichen Infrastruktur oder der Transformation unserer Industrie. Diesen Investitionsrückstand aufzuholen, ist eine große Aufgabe. In der Ampel haben wir immerhin schon einige Weichenstellungen geschafft – etwa mit dem milliardenschweren Klima- und Transformationsfonds (KTF). Das wird aber nicht reichen. Deshalb brauchen wir als nächsten Schritt zumindest eine Reform, die mehr Spielräume für Investitionen innerhalb der Schuldenregeln schafft. Das wäre – anders als eine grundlegende Reform der Schuldenbremse – auch ohne grundgesetzändernde Mehrheiten möglich.

IHR BEIDE HABT EUCH IN DER VERGANGENHEIT SCHON WOHLWOLLEND GEGENÜBER EINER VERMÖGENSSTEUER BZW. -ABGABE GEÄUSSERT. AKTUELL ERLEBEN WIR GROSSE FINANZIELLE BELASTUNGEN, DIE NATÜRLICH NICHT ALLE MENSCHEN IN NRW GLEICH TREFFEN. SCHON WIEDER GILT: WER ARM IST, WIRD

NOCH ÄRMER. WIE KÖNNEN WIR KONKRET HIER DIE REICHSTEN IN UNSERER GESELLSCHAFT IN DIE VERANTWORTUNG NEHMEN?

Achim: Es stimmt: Die Vermögensschere geht immer weiter auseinander – auch bei uns in NRW. Die Krisen der vergangenen Jahre haben diesen Prozess noch verstärkt. Mit dem Mindestlohn, dem verbesserten Bürgergeld und Wohngeld, dem deutlich aufgestockten Kindergeld, auch mit der sozial ausgerichteten Förderung beim Heizungs-austausch und einigem mehr halten wir als SPD schon jetzt dagegen. Aber unser Anspruch kann es natürlich nicht nur sein, die schlimmsten sozialen Härten abzufedern. Wir müssen gerade jetzt wieder vermehrt über Verteilungsgerechtigkeit reden. Lars Klingbeil und Saskia Esken haben hierfür schon erste wichtige Impulse gegeben. Als NRWSPD sollten wir uns in diese Debatte offensiv einbringen. Eine Krisenabgabe wäre zum Beispiel ein wirkungsvolles Instrument. Aber auch die Ungerechtigkeiten und eklatanten Lücken gerade bei der Erbschaftssteuer müssen wir anpacken.

DIE GESELLSCHAFT IST POLARISIERT, PARTEIEN DISKUTIEREN ABER ZU WENIG. WIE WOLLEN WIR IN ZUKUNFT WIEDER LEBHAFT STREITEN IN DER „MITMACHPARTEI“ NRWSPD?

Sarah: Was wir als SPD fordern, was wir wollen – darüber müssen wir streiten und diskutieren. Wir sind eine Volkspartei und bilden dementsprechend ein breites inhaltliches Spektrum ab. Positionen müssen überprüft werden – auch mit Expertinnen und Experten von außen, mit denen wir diskutieren. Was für Vorschläge hat der Bestseller-Autor, die bekannte Podcasterin oder die Vorsitzende der Tafel für uns?

Wichtig ist es, dass wir im ganzen Land als SPD unterwegs und sichtbar sind. Wir können nicht darauf warten oder erwarten, dass die Leute zu uns kommen. Wir müssen wieder mehr raus in die Kneipen und Cafés. Ohne Berührungsängste.

SO, JETZT DREHEN WIR DEN SPIESS MAL UM: WAS WÜNSCHT IHR EUCH VON DEN JUSOS IN NRW?

Sarah: Miteinander sprechen, ständig im Austausch sein, das ist das allerwichtigste. Wie wir die Zukunft der SPD gestalten, hängt ganz entscheidend von euch ab. Ihr seid die Zukunft der Partei und die, die die Bedürfnisse und Lebenswelten junger Menschen in die SPD einbringen.

Achim: Ich wünsche mir aktive, kritische und kämpferische Jusos: Für unsere Demokratie, für mehr soziale Gerechtigkeit, für starke Betriebe und Beschäftigte, gegen Rassismus, Hass und Hetze.

HALB

WEIN

Wir blicken zurück auf ein aufregendes und für unseren Verband intensives Jahr: Sozial- und Klima-proteste, die Neuaufstellung der Sozialdemokratie in NRW, neue Formate und Angebote in unserem Verband und ganz viel Bildungsarbeit!



GEMEINWOHL IM FOKUS

Einer unserer Schwerpunkte war und ist das Themenfeld „Gemeinwohl und Teilhabe“. Konkret geht es um die Frage, wie wir das gute Leben für alle gestalten und finanzieren, egal ob im Bereich der Bildung, mit bezahlbaren Mieten oder durch die Rettung unseres Klimas.

Im Winter 2022 sind wir bereits zu unserem „Krisengipfel gegen soziale Härten“ zusammengekommen, im Frühjahr zu unserem Thementag „Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit“. In 2023 haben wir darüber hinaus online diskutiert: zur Ausbildungsplatzgarantie, zur 4-Tage-Woche und auch zu Verteilungsgerechtigkeit und der Idee des Grunderbes. Im November geht's weiter mit unserem „Thementag Daseinsvorsorge!“ Zum Thema „Gemeinwohl!“ gehören auch gute Tarifverträge: deshalb haben wir im letzten Jahr mit viel Power die Tarifverhandlungen u.a. im öffentlichen Dienst unterstützt sowie uns auch bei dem Kampf für einen Tarifvertrag für die vielen studentischen Beschäftigten eingesetzt!

Unser Kampf war deshalb immer auch ein solidarischer mit dem Arbeitskampf der Gewerkschaften, denn sie bleiben unsere engsten Bündnispartner*innen. Für uns NRW Jusos ist klar: Ohne Gewerkschaften keine Erfolge für die Belange der Arbeitnehmer*innen!

DIE THEMEN SICHERHEIT, MIGRATION UND ASYL JUNGSOZIALISTISCH UMKREMPELN!

Unser zweiter Schwerpunkt! Intensiv haben wir uns beschäftigt mit dem Thema der Inneren Sicherheit, im April mit einer Online-Veranstaltung sowie bald im August mit einem „Thementag Polizei“. Die geplanten Asylrechtsverschärfungen haben wir mit Expert*innen im Juli in den Blick genommen. Zudem begleiten wir die schwarz-grüne Law-and-Order-Innenpolitik in NRW sehr kritisch und kämpfen für einen progressiven Sicherheitsbegriff und gegen strukturellen Rassismus!



NRWSPD MACH NEU!

Im letzten Jahr stand auch die Landespartei im Fokus. Wir haben unsere Juso-Bundestagsabgeordnete Sanae Abdi nominiert, um als stellvertretende Landesvorsitzende unserer NRWSPD frischen Wind einzuhauchen. Darüber hinaus standen wir der „Mutterpartei“ mit Rat und Tat und sehr konkreten Ideen, wie wir unsere Partei lebendiger und besser machen können, zur Seite. Diskutiert haben wir diese Ideen an vielen Stellen, insbesondere mit den Kandidat*innen, die sich auf den Weg machen, diese Partei in Zukunft als Vorsitzende oder Generalsekretär*in zu leiten!

HERAUS ZUM 1. MAI!

Laut und kämpferisch ging es auf die Straße beim Arbeiter*innen-kampftag – sowohl auf der Hauptkundgebung in Köln als auch sonst überall in NRW! Hier konnten wir auch die Ausbildungsplatzgarantie feiern, die nun endlich mit Rechtsanspruch kommt. Das ist unser gemeinsamer Erfolg mit der DGB Jugend!





NEUE WEGE, NEUE JUSOS, TEAMS UND VERNETZUNG DER UB/KVEN!

Auch in unserem Verband hat sich viel getan. Die vier landesweiten Teams „Bildung“, „Europa und Außenpolitik“, „Klima, Transformation und Wirtschaft“ sowie „Digitalisierung, Demokratie und Netzpolitik“ sind an den Start gegangen. Darüber hinaus haben wir einen Themenkatalog mit On-Demand-Inputs unserer LaVos herausgebracht! Für Vernetzung und Austausch unserer UB/KVen haben wir beim UB/KV-Tag gesorgt. Neue Jusos haben wir bei unserem Neumitgliederseminar im Verband willkommen geheißen. Und unsere Juso-Schüler*innen- und Auszubildendengruppe (JSAG) war mit Veranstaltungen und einer eigenen LaKo auch sehr aktiv!



EMPOWERMENT IN UNSEREM VERBAND

Nicht nur im Arbeitsprogramm schreiben wir NRW Jusos uns Empowerment groß auf die Fahnen – hier wollen wir stetig besser werden. Deshalb gab es im Jahr 2023 bereits zwei BIPoC-Vernetzungen sowie ein erstes „Klassentreffen zu sozialer Ungleichheit“. Darüber hinaus haben wir die FINTA in unserem Verband mit einer Rhetorikschulung empowered.



FEMINISMUS & PRIDE!

Im Feministischen März ging es in diesem Jahr um Gewalt gegen FINTA in internationalen Kontexten. Wir haben uns in Bildungsveranstaltungen schlaugemacht zum Thema „sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe“ und zur Situation der feministischen Revolution im Iran. Im Sommer ging es dann nicht nur zum Sommer- und FemFest, sondern auch mit vielen Jusos zu zahlreichen Prides in NRW. Vernetzt und empowered haben wir zudem unsere Gleichstellungsbeauftragten in den Unterbezirken und Kreisverbänden.

NRW BEIM BUKO 2022

Da war noch was: achja, der Bundeskongress in Oberhausen! Hier haben wir Sarah Mohamed als stellvertretende Bundesvorsitzende gewählt und Almut Großmann bei großem Applaus verabschiedet. Darüber hinaus konnte NRW auch an vielen Stellen inhaltlich gestalten: so wurden u.a. die NRW-Anträge „Reproduktive Selbstbestimmung – Jetzt!“ sowie „Faschistische Bewegungen entgegenstellen – Den Grauen Wölfen und ihren Splitterorganisationen den Kampf ansagen!“ beschlossen.



SOLIDARISCH, INTERNATIONALISTISCH UND AUF REISEN!

Wir Jusos sind internationalistisch! Konkret hieß das u.a.: Solidarität mit der Ukraine, was uns überall in NRW immer wieder zu Demonstrationen getrieben hat. Darüber hinaus haben wir uns intensiv mit der „Richtungswahl“ in der Türkei beschäftigt sowie mit der katastrophalen „Justizreform“ in Israel. Den Blick gen Europa haben wir bei unserer Brüssel-Fahrt intensiviert, indem wir dort die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den DGB und die Friedrich-Ebert-Stiftung besucht haben! Im Juli konnten wir eine Delegation von jungen Menschen aus Israel bei uns in NRW willkommen heißen. Im November geht es für eine Juso-Delegation nach Bosnien und Herzegowina, wo wir in den Austausch gehen mit der dortigen demokratischen Zivilgesellschaft.

ANTIFA BLEIBT HANDARBEIT!

Antifaschismus ist für uns ein Grundwert. Das drückt sich darin aus, dass wir regelmäßig unsere Antifa-Beauftragten schulen und vernetzen, aber auch konkret mobilisieren, wenn sich Rechtsextreme versammeln oder aufmarschieren – egal ob AfD-Bundesparteitag in Magdeburg oder aber beim Naziaufmarsch in Hilchenbach. Zum Antifaschismus gehört für uns auch eine jungsozialistische Erinnerungskultur. In diesem Zusammenhang besuchten wir am Tag der Erinnerungskultur die Villa ten Hompel in Münster und lernten an diesem Geschichtsort viel über die wechselläufige Geschichte, unter anderem als Sitz der Gestapo.

NEUES ZWISCHEN EMSCHER UND RUHR



Im April haben sich die RuhrJusos gegründet – die Vorsitzenden Tim und Marlène stellen dir die Region vor:

MARLÈNE BAUMEISTER UND TIM TZSCHEPPAN



Zugegeben, die Überschrift könnte so auch der Bericht aus dem Landtag irgendeines Landtagsabgeordneten stammen. Aber bei uns Jusos ist sie seit kurzem keine Plattitüde. Seit April gibt es nämlich die RuhrJusos in offizieller Form. Aus einem losen Treffen kurz vor Juso-Landeskonferenzen wurde ein regionaler Zusammenschluss, aber warum eigentlich?

Die Gründe für unseren Schritt sind vielfältig. Die Unterbezirke und Kreisverbände haben sich oft etwas abgehängt gefühlt. Durch Personalmangel oder eben auch Mangel an Erfahrung, fehlte oft die Bindung an den Landesverband. Als niedrigschwelliges Vernetzungsangebot wollen wir hier ansetzen und die Verbindung zum Landesverband stärken. Ein weiterer Grund ist die Direktwahl des Ruhrparlaments, die 2020 zum ersten Mal stattfand. Im Ruhrparlament sitzen, wahrscheinlich nicht nur gefühlt, mehr Thomasse als Menschen unter 35. Wir sagen klar: Das wollen wir ändern. Gemeinsam wollen wir unsere Themen und unsere Perspektiven in die Programme und das Ruhrparlament tragen. Allerdings müssen wir dazu auch die Strukturen erarbeiten, denn in einer schwächelnden SPD im Ruhrgebiet müssen auch die Jusos ihre Rolle finden.

Das bringt uns zu einem weiteren Punkt: Insbesondere im Ruhrgebiet merkt man die Auswirkungen des Strukturwandels noch intensiv. Regelmäßig werden hier die höchsten Armutsquoten gemessen. Marginalisierungen treffen besonders viele Menschen in verschiedenster Art und Weise. Deshalb war es uns bei der Gründung wichtig, diese Perspektiven von Anfang an mitzudenken. So haben wir bereits von Beginn an FINTA*-Vernetzungen (FINTA: Frauen, Inter, Nichtbinär, Trans, Agender) angeboten und diese gemeinsam mit einer BiPoC-Vernetzung in der Satzung verankert. Um diesen Perspektiven einen Raum zu geben, haben wir auch inhaltlich zwei Formate zur Wahl in der Türkei angeboten. Als weiteres Format dazu planen wir einen Workshop zu Internationalismus im Allgemeinen. Der Impuls hierzu kam aus der Basis der RuhrJusos. Es ist uns besonders wichtig, dass es für jede*n möglich ist, sich bei uns inhaltlich einzubringen und Teil von Orga-Teams zu sein.

Das Ruhrgebiet wird oft romantisiert, auch bei uns, deshalb wollen wir uns auch kritisch mit der Region auseinandersetzen. Dazu wollen wir beispielsweise unser Bild von Arbeiter*innenschaft reflektieren und analysieren. Dazu stehen beispielsweise andere Formate zum Thema Mobilität (Termin folgt) oder auch zur Europawahl (23.09.2023) an. Aus solchen Veranstaltungen sollen mittel- und langfristig auch gemeinsame Anträge gestellt werden und weitere Vernetzungsangebote entstehen, dabei ist es uns wichtig den Verband mit einzubeziehen und Formate auch für Jusos von woanders zugänglich zu machen. Wir freuen uns auf den Austausch mit euch. Wenn ihr wollt, folgt uns doch bei Insta unter @ruhrjusos oder schreibt uns unter info@ruhrjusos.de!



EUROPA IN ROT – JUSO-PERSPEKTIVEN FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION

Wir, die Jusos Mülheim und die Jusos Kreis Mettmann, durften am 26.05 gemeinsam mit Evin und Johanna aus dem Landesvorstand sowie mit Pin van Benthem, dem damaligen Vorsitzenden der JS Brabant-Zeeland (Die Jonge Socialisten sind der Jugendverband der sozialdemokratischen niederländischen Partij van de Arbeid) über Juso-Perspektiven in Europa diskutieren.

Unsere Themen waren: Migration, die Vereinigten Staaten von Europa und die europäische Wasserversorgung. Diese Themen haben wir in ihren Grundzügen unseren Gästen vermittelt und im Anschluss ausgiebig diskutiert. Dieses Vorverständnis zu schaffen war uns

wichtig, damit alle Gäste die auf Englisch gehaltene Diskussion besser nachvollziehen konnten.

Wir freuten uns über einen regen Austausch zwischen Publikum und Podium. Dazu einige Zitate der Diskutierenden, welche die Ergebnisse des Abends anschaulich darstellen:

„Ein ökologisches, junges solidarisches und offenes Europa, welches einen ganzen Kontinent eint“ – So beschrieb Johanna ihre ideale Vorstellung einer Europäischen Union.

Damit einhergehend forderte Evin „Eine Politik, die kein Leben opfert.“ – letzteres in Bezug auf die Migrations- und Geflüchtetenpolitik der EU.

JUSOS MÜLHEIM &
JUSOS KREIS METTMANN
PATRICK SCHULTZ



TURKAN DEFLI & NINA WOLFF
JUSOS RHEIN-ERFT

EUROPEAN YOUTH EVENT 2023 – DIE EU STÄRKEN!

Frechen, 09.06.2023, 6:00 Uhr: die Gruppe bestehend aus 32 Menschen macht sich auf den Weg. Das Ziel? Straßburg, konkreter: Das European Youth Event (EYE). Die Laune? Auf einem Hochpunkt.

Vollgepackt mit neuem Wissen stürzten sich die Jusos Rhein-Erft in das Abenteuer „EYE 2023“ und wurden dabei nicht enttäuscht. Auf dem EYE-Gelände und im Parlament selbst konnte jede*r individuell den eigenen Interessen nachgehen. Von Workshops zur Fast Fashion, über Planspiele bis hin zum Q&A mit preisgekrönten Journalist*innen war alles dabei.

DIE DEVISE? WIR FÜR EUROPA!

Und das haben wir nicht nur im Parlament gespürt, sondern auch auf unseren Erkundungstouren im Herzen von Straßburg. Eine Stadt voller Geschichte, Leben und Freude. Mit neuen Ideen und Kontakten aus ganz Europa starten wir so voller Motivation in die zweite Jahreshälfte!

Ein großer Dank geht dabei an Petra Kammervert und Jens Geier, ohne die diese Erfahrung nicht möglich gewesen wäre.

PHÄNOMENAL KOMMUNAL

JUSOS IN DIE STADTRÄTE UND BEZIRKE!

In zwei Jahren, also 2025, findet nicht nur die Bundestagswahl statt, sondern auch die Kommunalwahl! Wenn wir über die Unterrepräsentation junger und diverser Perspektiven sprechen und diese im Kontext parlamentarischer und politischer Repräsentationsverhältnisse anklagen, dann müssen wir auch über die kommunale Ebene sprechen. Wir Jungsozialist*innen haben den Anspruch, Dinge zu verändern, die einen spürbaren Unterschied bei den Menschen machen, die uns brauchen, die gerade in diesen Zeiten eine starke Sozialdemokratie mit starken jungsozialistischen Positionen brauchen. Damit das gelingt, müssen wir jetzt aktiv(er) werden, uns gut vorbereiten und uns in die kommunalen Parlamente einmischen.

WIR MACHEN DEN UNTERSCHIED - OB IM BUND, LAND, ODER IN DEN KOMMUNEN

Die kommunale Ebene wird oft als Schule der Demokratie bezeichnet, weil entlang dieser politischen Ebene spürbare Entscheidungsprozesse ablaufen. Entscheidungsprozesse, die die Wähler*innen direkt betreffen und in die sie sich vergleichsweise einfach einmischen können. Das liegt daran, dass das Leben vor Ort einen direkten Gestaltungsspielraum bietet – sei es in der Frage, wie man

der steigenden Jugendarbeitslosigkeit vor Ort entgegenwirkt oder etwa Frei- und Entfaltungsräume für junge Menschen schafft.

In der Kommunalpolitik ist diese Akzentsetzung durch die Einbringung von Juso-Positionen und Perspektiven eben möglich, die Umsetzung greifbar.

Mit Blick in die Kommunalparlamente stellen wir aber ernüchternderweise fest, dass es gerade dort noch eine große politische Repräsentationslücke gibt. Stadträte, Bezirksvertretungen und Fraktionen sind strukturell gesehen immer noch geprägt davon, überdurchschnittlich weiß, alt und männlich zu sein. Mit uns Jungsozialist*innen in den kommunalen Parlamenten ändern sich also auch Repräsentationsverhältnisse. Das kann dazu beitragen, dass andere junge Menschen sich repräsentiert fühlen und Interesse sowie Lust für die Kommunalpolitik entwickeln. Gerade in einzelnen Kommunen sehen wir, dass unsere Themenschwerpunkte sich auch kommunalpolitisch niederschlagen müssen. In vielen Orten tun das Jusos in NRW auch schon, beispielsweise wenn es um die Frage geht, wie wir eine starke kommunale Daseinsvorsorge gestalten können, die alle Menschen und ihre individuellen Bedürfnisse miteinbezieht. Oder die Frage, wie wir Prozesse in der

Stadtentwicklung so gestalten können, dass sie die Perspektive von FINTA und rassifizierten Personen auch berücksichtigt.

Die Kommunalpolitik hat den Auftrag, das Leben der Menschen vor Ort in den Blick zu nehmen und die Kommunen so zu gestalten, dass sie für alle lebenswerte Orte sind, an denen sich die Menschen – mit ihren individuellen Bedürfnissen – zuhause fühlen. Sich aus jungsozialistischer Perspektive politisch mit diesem Anspruch auseinanderzusetzen, trägt einen großen Beitrag dazu bei, die Kommunen in NRW zu besseren und gerechteren Orten zu machen.

Du interessierst dich für die Kommunalpolitik und kannst dir vorstellen bei der nächsten Kommunalwahl anzutreten? Dann geh wie folgt vor:

- Suche das Gespräch und den Kontakt zu deinem Ortsverein und bekunde dein Interesse
- Vernetze dich mit anderen Jusos, die ein kommunales Mandat innehaben – dafür kannst du dich auch gerne bei uns melden
- Mach dich vertraut mit der kommunalpolitischen Arbeit deiner Fraktion vor Ort



Audrey (27) ist selbst in der Kommunalpolitik aktiv und möchte junge Menschen motivieren, sich mit der anstehenden Kommunalwahl auseinanderzusetzen!

EUROVISION SONG CONTEST

EIN- ODER ABSCHALTEN?

PRO CONTRA

Für leidenschaftliche Musikliebhaber*innen und überzeugte Jungsozialist*innen gibt es in jedem Jahr ein Datum, das im Kalender nicht fehlen darf: Der Eurovision Song Contest. Ja; es stimmt, dass der ESC eine breite Palette an musikalischen Beiträgen präsentiert und nicht alle Songs den persönlichen Geschmack treffen. Doch genau in dieser Vielfalt liegt auch der Reiz des ESC. Er bietet eine Bühne für unterschiedliche musikalische Stile und Genres aus ganz Europa, und das ist ein wichtiger Aspekt für die Förderung kultureller Diversität und des interkulturellen Austauschs. Der ESC bietet eine Gelegenheit, über nationale Grenzen hinweg eine gemeinsame europäische Identität zu feiern. Der ESC kann dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und eine Atmosphäre der Verbundenheit und Solidarität zu schaffen.

Der ESC ist nicht nur eine musikalische Veranstaltung, sondern auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für das Gastgeber*innenland.

Durch den ESC werden Arbeitsplätze geschaffen, die Tourismusbranche gestärkt und die lokale Wirtschaft angekurbelt. Die Teilnahmegebühren für Deutschland von inzwischen rund 500.000 Euro liegen deutlich unter den durchschnittlichen Produktionskosten von Unterhaltungsshows im Abendprogramm. Der Gegenwert ist hoch, er besteht aus der Übertragung des ESC-Finales und der beiden Halbfinals – insgesamt rund acht Stunden Fernsehen.

Manch einer mag den ESC als oberflächlich und kommerziell betrachten. Diese Kritik ist berechtigt, denn der ESC ist nicht frei von kommerziellen Interessen. Dennoch finde ich, dass der ESC als kulturelles Ereignis einen Raum schafft, in dem Künstler*innen ihre Identität und Botschaften ausdrücken können. Besonders in einer Branche, die oft von großen Plattenlabels dominiert wird, ist es ermutigend zu sehen, wie junge Künstler*innen ihre Leidenschaft und ihr Talent entfalten können.

Gemeinsam mit meinen Freund*innen den ESC zu schauen, bei einem internationalen Buffet und Kaltgetränken die Vielfalt Europas zu feiern ist für mich jedes Jahr aufs Neue ein besonderes Erlebnis. Der ESC zeigt, dass Europa in all seiner Vielfalt zusammenkommen und eine unvergessliche Zeit erleben kann.

Der Eurovision Song Contest oder auch ESC, ist ein Musikwettbewerb für Komponist*innen, Textdichter*innen und Songwriter*innen. Vorgetragen werden die Beiträge von Gesangsinterpret*innen und Tänzer*innen. Seit 1956 wird er jährlich von der Europäischen Rundfunkunion (EBU) im Rahmen der Eurovision veranstaltet. Der ESC erreicht jedes Jahr mehr als 180 Millionen Zuschauer*innen. Das sind 180 Millionen Menschen zu viel!

Abgesehen von der teilweise fragwürdigen und qualitativ schlechten Songauswahl bis hin zur scheinheiligen Fiktion eines perfekten Europas, ist dieser Wettbewerb schlichtweg überholt.

Deutschland hat in den vergangenen sechs Jahren 2.055.352 Euro für dieses peinliche Spektakel ausgegeben. Jeder Cent für einen Wettbewerb auszugeben, bei dem Deutschland immer mit Abstand am schlechtesten abschneidet, danach in der Presse zerrissen wird und das kapitalistische System und unsere Konsumgesellschaft gefördert werden, ist zu viel. Dieser peinlich herbeigeführte Hype um den ESC war für mich schon immer fragwürdig und in keiner Weise nachvollziehbar.

Und sind wir ehrlich: Seit wann ist Nationalstolz wieder angesagt? Diese aufgesetzte Liebe einem Land gegenüber ist doch wirklich aus der Zeit gefallen. Und wenn wir schon bei Nationalstaaten sind und über einen „europäischen“ Wettbewerb sprechen: wo habe ich den Teil in Geografie verschlafen, bei dem uns erläutert wurde, dass Australien zu Europa gehört? Bei diesem Wettbewerb geht es nicht um die Musik, die wirklich schlecht ist, muss ich an dieser Stelle nochmal betonen, sondern um Prestige. Welches Land ist cooler, welches Land hat die krassesten Outfits, welches Land die besten Fans. Wir sollten uns in 2023 schon so weit entwickelt haben, dass wir Ländervergleiche auf so primitive Art und Weise nicht führen wollen. Europa kann vieles und hat Potenzial zu glänzen, aber definitiv ist der ESC keine Stärke einer europäischen Verbundenheit.



Maxi (24) ist als Gitarrist und Pianist großer Musikliebhaber und feiert beim ESC jedes Jahr mit seinen Freund*innen ein Fest des europäischen Miteinanders.



Evin (28) kann mit dem ESC nichts anfangen. Ein Wettbewerb, bei dem nicht die Musik im Vordergrund steht, sondern der Kampf der Nationen. Totally overrated!



ÜBERALL

ÜBER SOLIDARITÄT IN ZEITEN MULTIPLER KRISEN

Krise um Krise erschüttern seit Jahren uns und die Welt: der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine, die Diktatur der Taliban in Afghanistan, das Mullah-Regime im Iran, die Coronapandemie, die Klimakatastrophe, die Energiekrise und die rasante Inflation... die Liste an Krisen endet nie und sie wird, zumindest gefühlt, immer länger. Als Jungsozialist*innen kämpfen wir solidarisch und international für eine Gesellschaft der Freien & Gleichen – für uns war immer klar: Unser Kampf für eine bessere Welt endet nicht an Landesgrenzen!

Umso wichtiger ist es, sich folgende Fragen zu stellen: Was bedeutet diese Zeit multipler Krisen für unsere Arbeit als NRW Jusos? Wie kann dauerhafte Solidarität aussehen? Und: wo sind vielleicht auch (persönliche) Grenzen von Aufmerksamkeit, Anteilnahme, Energie und Engagement?

DER KAPITALISMUS ALS DAUERKRISE

Um tatsächlich einen solidarischen Kampf gegen diese multiplen Krisen zu führen, müssen wir verstehen, was all diese Krisen eigentlich verbindet und zumindest mitbegründet. Für uns muss klar sein: die Dauerkrise heißt Kapitalismus!

Patriarchale Systeme, soziale Ungleichheit, struktureller Rassismus, die Klimakrise – überall hat der Kapitalismus seine Finger im Spiel! Denn ein System, das auf Ungleichheit und Ausbeutung aufbaut, wird immer Krisen produzieren. Diese Analyse ist zentral, um daraus eine systemkritische Alternative zu bilden und in unserem Kampf die richtigen Forderungen zu formulieren. Denn eins ist klar: wir sind solidarisch mit allen Betroffenen von Marginalisierung, Krieg und Armut. Wir sind solidarisch mit unseren Mitkämpfer*innen für eine Gesellschaft, die Menschen über Profit stellt! Für eine Gesellschaft ohne die Dauerkrise Kapitalismus.

ÜBER DEN BEGRIFF „SOLIDARITÄT“

„Solidarisch, komme was wolle“ – das war nicht nur das Motto des letzten Bundeskongresses, sondern ist auch eine tiefe Grundüberzeugung für uns Jusos. Doch was bedeutet eigentlich Solidarität?

Solidarität ist das Eintreten füreinander und für die gemeinsamen Ziele. Es ist das Zusammenhalten und der bedingungslose Kampf gegen Diskriminierung und Unterdrückung. Solidarisch sein bedeutet auch, Kämpfe zu unterstützen, die einen selbst nicht betreffen. So sind beispielsweise critical whiteness

und kritische Männlichkeit fester Bestandteil unseres solidarischen Handelns.

Solidarität bedeutet auch, nicht wegzuschauen, wenn geographisch entfernt, Menschen in Ausbeutung und Not geraten oder sich gegen autoritäre Systeme stellen. Es bedeutet, sich zu informieren, andere Menschen zu sensibilisieren und innerhalb der eigenen Kapazitäten unterstützend zu wirken. Das kann beispielsweise der Besuch einer Demonstration sein oder aber Bildungsarbeit durch das Erstellen oder teilen von Beiträgen auf Social-Media. Als Internationalist*innen kämpfen wir für die Freiheit aller Menschen, denn, wie Audre Lorde schon einst meinte: wir sind erst frei, wenn wir alle frei sind!

ÜBER FORTWAHRENDE SOLIDARITÄT

„Seit sechs Monaten gibt es kein anderes Thema mehr für mich.“ – das sagte Daniela Sepehri, eine der in Deutschland bekanntesten Iranaktivist*innen, in einem gemeinsamen Instagram-Live-Format über die feministische Revolution im Iran mit den NRW Jusos im März 2023. Dieser Satz erinnert daran, dass, auch wenn in den Medien langanhaltende Krisen wie die im Iran durch „aktuellere“ Nachrichten verdrängt werden, die Kämpfe vor Ort weitergehen. So wird mitt-

lerweile kaum mehr über die Situation im Iran berichtet und auch die Hinrichtungen von Freiheitskämpfer*innen durch das Mullah-Regime sind in den Hintergrund gerückt. Ähnliche Entwicklungen zeigen sich auch hinsichtlich der Aufmerksamkeit zum Angriffskrieg in der Ukraine oder der Taliban-Diktatur in Afghanistan. Nach den ersten Wochen von starker Medienpräsenz und politischer Solidarität ebbt die Aufmerksamkeit schnell ab. Gerade in Zeiten von multiplen Krisen kommt fast das Gefühl auf, dass Krisen sich in der Mediengesellschaft gegenseitig ablösen und so die Kämpfe und Lebensrealitäten von Menschen in Kriegs- und Krisengebieten in Vergessenheit geraten.

Diese Realität müssen wir uns bewusst sein und Wege finden, langfristig und „komme, was wolle,“ solidarisch zu sein.

Als Jungsozialist*innen und Internationalist*innen dürfen wir nicht wegschauen, nur weil eine Krise schon länger als sieben Tage anhält! Es braucht immer wieder einen Appell an uns selbst, sich zu informieren, aktiv zu bleiben und andere zu sensibilisieren. Neben der Schaffung von Begegnungsorten und dem regelmäßigen Austausch mit Aktivist*innen, bedeutet das vor allem individuelles Handeln. In unserem Gespräch hat Daniela uns dafür ein paar Tipps gegeben, was man alles, je nach eigenen Ressourcen, machen kann:

- Aktivist*innen auf Social Media folgen
- lokale Initiativen besuchen und unterstützen aktiv werden auf Demonstrationen
- informative Beiträge in der eigenen Story reposten
- Möglichkeiten der Unterstützung (bspw. Spendensammlungen) reposten regelmäßig Artikel lesen zur selbstständigen Sensibilisierung
- Gespräche mit Familien und Freund*innen suchen
- neu Gelerntes weitererzählen bzw. Abgeordnete kontaktieren

SOLIDARITÄT UND PERSONLICHE GRENZE

„Solidarisch, komme was wolle.“ – das kann in dieser Zeit multipler Krisen und der Dauerkrise Kapitalismus eine Herausforderung sein.

Denn all diese Krisen auf einmal belasten auch uns und manchmal kann es einfach zu viel werden, sich mit so vielen belastenden Realitäten auseinandersetzen.

Deshalb ist wichtig, noch diese letzte Sache über Solidarität zu sagen: Jede*r lebt Solidarität anders. Es gibt nicht den einen richtigen Weg solidarisch zu sein und Solidarität heißt nicht, die eigenen Grenzen und Kapazitäten zu überdehnen oder auch „immer dabei und überall aktiv zu sein“. Wenn es also alles einfach mal zu viel und zu belastend ist, ist es okay, Abstand zu suchen. Es ist okay, sich auch mal eine Zeit lang nicht mit einer Krise zu beschäftigen oder zu „Doomscrollen“. Es ist okay, um Hilfe zu bitten und Aufgaben abzugeben. Auch das ist nämlich Solidarität untereinander: aufeinander Acht geben und Aufgaben solidarisch zu verteilen. Denn unsere Solidarität zeigt sich nicht, indem wir unsere eigene Gesundheit riskieren, sondern in dem ehrlichen Willen, zusammenzuhalten für eine bessere Welt.

Lasst uns also gemeinsam weiterkämpfen für eine Welt der Freien und Gleichen und gegen die Dauerkrise Kapitalismus, Patriarchat und weiße Vorherrschaft – und zwar immer unter dem Motto: Hoch die internationale Solidarität!

KRISE?!



Johanna (20) ist überzeugt davon: Solidarität ist Teamarbeit – Teamarbeit für eine Welt der Freien und Gleichen!



REZENSION FILM:

ARIELLE, DIE MEERJUNGFRAU DISNEY

Schon knapp ein Jahr vor dem Releasedate von „Arielle, die Meerjungfrau“, eine Neuadaption des Disneyklassikers, wurde der Film auf Social-Media rege debattiert. Konservative haben ihre Nerven darüber verloren, dass die Hauptrolle Arielle von einer Woman of Colour, Halle Bailey, gespielt wird. Diese rassistische Debatte zieht sich bis heute – was die Rechten dabei nicht sehen: die tausenden jungen BIPOC überall auf der Welt, die sich endlich selbst in großen Disney-Klassikern wiederfinden. Junge Women of Colour, die sich repräsentiert fühlen und nicht, wie sonst immer, nur weiße (Meerjung-)Frauen in der Hauptrolle sehen.

Halle Bailey spielt eine beeindruckende Arielle: die schauspielerische Leistung überzeugt und die musikalischen Teile des Films runden die Neuadaption ab. Man wird mitgenommen zurück in die eigene Kindheit und in eine der magischsten Fantasiewelten.

Natürlich lässt sich über den Plot des Films diskutieren: eine FINTA, die ihre Stimme aufgibt für einen Mann und später sogar ihre komplette Form ändert, um mit ihm zu sein? Und diesen Mann scheint es nicht wirklich zu stören, dass sie keine Stimme hat? Alles Punkte, die zeigen, dass dieser Film patriarchale Ideen reproduziert und normalisiert. Andererseits: der neue Film ist nur eine Adaption des Klassikers Arielle und vielleicht war die Aufgabe des Filmes auch nicht, die Storyline aus 1989 umzuschreiben.

„Arielle, die Meerjungfrau“ – eine Neuadaption, die es schafft, Repräsentation für BIPOC in die Tat umzusetzen und hoffentlich damit die Filmindustrie positiv beeinflussen kann, damit bald überall klar ist: Antirassismus heißt auch Repräsentation.



Johanna (20) kann einen Filmabend (oder Kinobesuch, wenn noch möglich) nur allen empfehlen – egal ob langjähriger Disneyfan oder nicht.



REZENSION SERIE:

NEVER HAVE I EVER NETFLIX

„Never have I ever“ oder in der deutschen Übersetzung „Noch nie in meinem Leben“ spielt auf ein gemeinhin bekanntes Trinkspiel an (wobei „Ich hab‘ noch nie“ sicher die authentischere Übersetzung gewesen wäre). Insgesamt 40 erste Male (und darunter auch das erste Mal Betrunkensein) erlebt Devi Vishwakumar, die Protagonistin der Coming-of-Age-Fernsehserie. In 4 Staffeln begleiten wir die Highschool-Schülerin und Klassenbeste von „Never have I ever felt super Indian“, „been slut shamed“ bis hin zu „said goodbye“. Die Serie bedient sich klassischer Elemente wie der finalen „Prom“, dem „Slow Mo Entrance“ des Highschool-Schwarms und der Hass-Liebe zum nerdigen Rivalen, der vielleicht doch mehr ist als ein bloßer „Frenemy“. An Tiefgang fehlt es der Story dabei nicht, die vom Verlust des Vaters, über Identitätskrisen und schmerzhaftes Selbsterkenntnis hinweg, Versöhnungen mit der Mutter bis hin zu gescheiterten College-Bewerbungen, Beziehungen und Neuanfängen erzählt. Die Protagonistin ist dabei nicht immer Heldin – manchmal möchte man sie in ihrem pubertären Egoismus einfach schütteln, zugleich aber immer ihren Mut bewundern. Reichlich Selbsthumor und pointierte politische Anspielungen bringen genau das richtige Maß an Leichtigkeit. Einen Punkt Abzug gibt's für den teilweise doch recht vorhersehbaren Plot. Davon abgesehen sollte es nicht länger bei „Noch nie in meinem Leben habe ich eine Folge ‚Never Have I Ever‘ geschaut“ bleiben.



Lisa (27) begeistert sich nach wie vor für das Genre „Coming of Age“. Für einen guten Slow Mo Entrance ist man schließlich nie zu alt.

Impressum:

Herausgeber:

Jusos in der SPD
SPD Landesverband
Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestraße 12,
40213 Düsseldorf

Tel.: 0211 136 22 325
Web: www.nrwjusos.de
E-Mail: info@nrwjusos.de
Twitter: @nrwjusos
Instagram: @nrwjusos
Facebook: NRW Jusos
Telegram: t.me/nrwjusos

Redaktion:

Joris Niggemeier (V.i.S.d.P.), Johanna
Börgermann, Audrey Dilangu, Lisa
Fürst, Alicem Polat, Leander Bröcker.
Grafik: Pascal Skwara | skwara.de
Druck: Druckhaus Kruse
Auflage: 12.000
Erscheint dreimal im Jahr

Bildnachweis:

Autor*innenbilder: Julia Meya. Titel: Ground Picture on shutterstock. P3: Julia Meya. P4: Markus Spiske on unsplash. P6: Sora Shimazaki on pexels. P8: photocosmos1 on shutterstock. P10: Julia Meya. P12: Ksenia Makagonova on unsplash. P16: Maurice Weiss. P18: NRW Jusos & Fionn Große. P20: RuhrJusos. P21: Jusos Mülheim, Jusos Kreis Mettmann, Jusos Rhein-Erft. P22: Ben Collins on unsplash, Marcelo Uva on unsplash. P23: Alina Vozna on Wikimedia Commons. P24: Gayatri Malhotra on unsplash, Scott Evans on unsplash. P26: ©Disney, ©Netflix Publicity. P27: ©Herbert Grönemeyer. P27: ©Ukraine War Stories, Starni Games. P28: Tyler Clemmens on unsplash.





REZENSION ALBUM:

„DAS IST LOS“ HERBERT GRÖNEMEYER

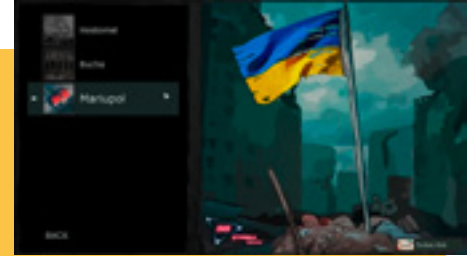
Was ist los? Herbert ist los! Endlich, die Warterei hat ein Ende, denn der einfühlsamste Poet, den unser schönes Bundesland je hervorgebracht hat, hat endlich eine neue Platte rausgebracht. „Das ist los“ heißt das gute Stück und ist bereits das 16. Studioalbum des wahrscheinlich besten Tänzers, der je seine Hüften im Stadion auf Schalke geschwungen hat.

Natürlich, eingefleischte Herbert Fans, wie ich es bin, wissen: Es gibt eigentlich schon zu jeder Lebenslage einen passenden Herbertsong aus über 40 Jahren Bühnengeschichte. Aber kein Problem, denn Herbert entdeckt einfach noch ein paar Situationen und Gefühle für uns, für die wir noch dringend einen Song brauchen. „Deine Hand“ zum Beispiel, ein Lied das – wie Herbert komplett richtig singt – richtig anschiebt. Und für die glücklichen, aber ruhigen Momente: „Behutsam“ – wunderbar weich und natürlich auch wieder mit Streichinstrumenten! Zum leichten Mitwippen an der Bundeshaltestelle „Genie“ und zum laut mitsingen und wild tanzen „Angstfrei“.

Ich gebe gerne zu: Ich bin befangen. Wenn es um Herbert geht, dann kann ich in seinem Gesamtwerk eigentlich nur eine Sache kritisieren (Ich meine Herbert; bitte was hast du dir bei „Schiffsverkehr“ gedacht!!!). Trotzdem habe ich wohl überlegt, wie ich das aktuelle Album bewerten könnte und habe es extra oft gehört, um eine möglichst gute Einschätzung abzugeben. Alles in allem bin ich aber zu einem differenzierten und komplett sachlichen Ergebnis gekommen: Eindeutig 6 von 5 Rosen für Herbert!



Nina (25) scheut nicht die großen Debatten. Geht es um Herbert (nein, diesmal nicht den Showmaster aus dem NRW-Innenministerium), haut sich die Landesvorsitzende mit großem Verve in jede Diskussion!



REZENSION VIDEOSPIEL:

UKRAINE WAR STORIES:

EIN ERGREIFENDES VIDEOSPIEL,
DAS DIE PERSPEKTIVE VON ZIVI-
LIST*INNEN ERFAHRBAR MACHT

In der Regel ist der Realitätsgehalt von Videospielen nicht sonderlich hoch. Selbst wenn sie auf wahren Begebenheiten beruhen, sind sie oft nur begrenzt authentisch. Anders ist das free-to-play charity project Ukraine War Stories, das während der ersten Kriegstage entstand und auf wahren Ereignissen basiert.

Der ukrainische Spieleentwickler Ihor Tymoshenko erzählt darin in Bildergeschichten vom Beginn der russischen Invasion. Aus der Perspektive von verschiedenen ukrainischen Zivilist*innen erlebt man das Kriegsgeschehen der Städte Hostomel, Butcha und Mariupol. Hierbei sei vorab gesagt, dass das Spiel textbasierten Missbrauch und sexuelle Gewalt thematisiert (FSK 16).

Das Spiel versetzt einen in unterschiedliche Rollen, in denen man rundenbasiert Entscheidungen treffen muss. In der Rolle von Jarik etwa, einem fünfzehnjährigen Teenager, kommst du bei Katya in Butcha unter. Sie ist eine Freundin deiner Mutter. Hier können deine Schwester und du den Luftangriffen in Kiew entgehen – dachtest du zumindest. Als Katya Lebensmittel sucht, kommt sie nicht mehr zurück. Du stehst vor der Entscheidung, was du jetzt tust.

Beim Spielen läuft es mir immer wieder kalt den Rücken runter, wenn ich daran denke, dass die Geschichten auf Berichten von Augenzeugen beruht. Ukraine War Stories schafft, was Nachrichten oft nicht schaffen: Es bringt persönlichen Schicksale ins eigene Zimmer und stellt ein Zeitzeugnis des Angriffskriegs dar.

Lea (22) langjährige Gamerin, die Videospiele als wirksames Mittel sieht, um politische Themen zu beleuchten. Auch, wenn häufig die Zeit fehlt, war Ukraine War Stories jede Sekunde wert.



WAS SAGEN DIE STERNE?

**ERNST SIND DIE ZEITEN.
NICHT GANZ SO ERNST UNSER JUSO-HOROSKOP;)**



Jungfrau (24.08. – 23.09.)

Für die Jungfrau ist der Herbst eine besonders gute Zeit, um in eine Gewerkschaft einzutreten. Neue Möglichkeiten und Erfahrungen werden sich dir eröffnen. Gemeinsam für faire Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung im Betrieb kämpfen. Geh mit Selbstvertrauen auf die Herausforderungen des Arbeitskampfes zu.

Waage (24.09. – 23.10.)

Die Sterne stehen für die Waage besonders gut, um das Patriarchat zum Fall zu bringen. Zurzeit kannst du tief mit anderen Menschen in Verbindungen treten und mit deinen Mitstreiter*innen starke Banden bilden. Dennoch solltest du nicht vergessen, auf deine Bedürfnisse zu achten. Nimm dir daher genug Auszeiten und lese zum Beispiel einen feministischen Roman.

Skorpion (24.10. – 22.11.)

Skorpione werden im Herbst von politischen Debatten und gemeinsamen Aktionen angezogen. Schau daher bei deinen örtlichen Jusos vorbei und organisiere ein inhaltliches Plenum, einen Filmabend oder einen Lesekreis. Öffne dich neuen Erfahrungen und erwäge, ob du auch im Vorstand Verantwortung übernehmen möchtest.



Schütze (23.11. – 21.12.)

Die nächsten Monate gehen unter die Haut. Lass dich auf diesen Flow ein und nimm jede Gelegenheit wahr, bei den NRW Jusos vorbeizuschauen. Die Landeskongress, der Thementag zur Daseinsvorsorge oder das Grundlagenseminar Anti-Ra & Antifa entfachen deine politische Leidenschaft.

Steinbock (22.12. – 20.01.)

Steinböcke treten nun aus der Komfortzone. Große Zustimmungswerte der AfD und erste von der AfD besetzte kommunale Ämter treiben dich raus auf die Straße. Gib diesem Drang nach: Organisiere eine Demo gegen Rechts und bringe dich in die antifaschistischen Strukturen vor Ort ein.

Wassermann (21.01. – 19.02.)

Die Sterne haben Großes mit dem Wassermann vor. Zeit, über deinen eigenen Schatten zu springen und über den Tellerrand zu schauen. Die Kommunalwahlen 2025 bieten dir Gelegenheit, dich vor Ort für deine Kommune stark zu machen. Juso-Inhalte und kreative Herangehensweisen versprechen Erfolge.

Fische (20.02. – 20.03.)

Die Sterne meinen es gut mit den Fischen. Du hast zurzeit besonders spannende Ideen und viele Themen schenken dir Begeisterung. Schau daher auf der Seite der NRW Jusos vorbei und tritt bei den Teams in

Austausch mit anderen Interessierten. Für Fische werden sich die Debatten dort besonders bezahlt machen.

Widder (21.03. – 20.04.)

Neuer Wind weht im Herbst nicht nur in der NRWSPD, sondern auch im Leben der Widder. Es wird höchste Zeit, diesen Auftrieb zu nutzen. Ganz nebenbei löst du mit Leichtigkeit Baustellen, die in der Welt nun wirklich nichts mehr zu suchen haben: Etwa Genderstereotype und Queerfeindlichkeit werden vom Widder aufgebrochen.

Stier (21.04. – 20.05.)

Lust und Neugier auf neue Begegnungen und Erlebnisse spornen den Stier an. Die Vorbereitung auf die Europawahl bieten die Chance, aus allzu starren Formen auszubrechen und für ein soziales und nachhaltiges Europa für alle einzutreten. Internationalismus und Antirassismus sind für dich die besten Begleiter in den kommenden Monaten.

Zwilling (21.05. – 21.06.)

Balance und Gelassenheit bestimmen den anbrechenden Herbst für den Zwilling. Zeit, dem Bedürfnis nach Erholung Raum zu schaffen. Die NRW Jusos unterstützen dich mit ihrer Forderung nach einer 4-Tage-Woche. Kurzfristig sorgen die Lektüre der Stadt.Land.Links oder die Tipps in den Rezensionen für Zerstreuung.



Krebs (22.06. – 22.07.)

Der Krebs sehnt sich dringend nach Veränderung. Dass die Landesregierung unbedingt eines Wandels bedarf, treibt den Krebs daher besonders an. Du solltest nicht müde werden, Kritik an Schwarz-Grün zu äußern. Durchhaltevermögen wird sich für den Krebs in allen Lebensbereichen auszahlen.

Löwe (23.07. – 23.08.)

Löwen haben diesen Herbst den Durchblick und können ihren Mitmenschen Wege weisen. Dir ist klar, dass man dem Rechtsruck mit Links entgegenhalten muss. Du gibst nicht auf, beim familiären Abendessen, in der Mittagspause oder beim Ortsverein für jungsozialistische Werte einzutreten. Dem Löwen schenkt der Herbst dabei besondere Überzeugungskraft.

